

# **POLITIK IM DIALOG**

## **Sozialdemokratische Kernthemen für die zweite Hälfte der Legislaturperiode 2010-2011**

Einleitung .....	3
1. Gute Arbeitsplätze – kraftvolle Wirtschaft – ökologische Innovation ....	6
Automobilindustrie .....	6
Luft- und Raumfahrtindustrie .....	7
Windenergie .....	9
Lebensmittelindustrie .....	9
Gesundheitswirtschaft .....	10
Mittelstand .....	12
2. Bessere Bildung – Erfolge sozialdemokratischer Schulpolitik .....	12
Stadtgemeinde Bremen .....	13
Beispiel 1: Gröpelingen – Modellstadtteil „Lernen vor Ort“ .....	13
Beispiel 2 : Huchting .....	14
Beispiel 3: Osterholz/Tenever .....	15
Beispiel 4: Horn-Lehe .....	16
Beispiel 5: Hemelingen .....	17
Beispiel 6 : Vegesack .....	19
Beispiel 7: Blumenthal .....	20
Stadtgemeinde Bremerhaven .....	21
Beispiel 1: Lehe .....	21
Beispiel 2: Geestemünde .....	23
Beispiel 3: Regionale Beratungs- und Unterstützungsstelle .....	24
Beispiel 4: Werkstattsschule Bremerhaven .....	25
Übergreifende Aktionen .....	26
Aktionsbeispiel 1: Ausbau von Ganztagesangeboten .....	26
Aktionsbeispiel 2: Sprachförderung vor der Einschulung .....	26
Aktionsbeispiel 3: Kleinere Klassen – überschaubare Schulen .....	27
Aktionsbeispiel 4: Vereinfachung und Straffung des Schulsystems .....	28
Aktionsbeispiel 5: Inklusion – gemeinsame Beschulung aller Kinder .....	28
Aktionsbeispiel 6: Werkschule – eine neue Chance .....	29
Aktionsbeispiel 7: Wir gestalten viele Wege zum Abitur .....	29
Aktionsbeispiel 8: Die Bremer Vereinbarung sichert Arbeitsplätze .	30
Aktionsbeispiel 9: Lernen vor Ort .....	31

3. Chancengleichheit für alle – in der Ausbildung und im Beruf .....	31
Maßnahme 1: Bremisches Arbeitsmarktprogramm .....	31
Maßnahme 2: Frühkindliche Bildung .....	33
4. Bremen und Bremerhaven – Städte des sozialen Zusammenhalts .....	34
Maßnahme 1: WiN-Programme .....	34
Stadtgemeinde Bremen .....	34
Stadtteil Osterholz-Tenever .....	34
Stadtteil Blockdieck und Schweizer Viertel .....	35
Zukunftsaufgabe: Bündelung im Stadtteil	
Beispiel Gröpelingen .....	37
Stadtgemeinde Bremerhaven .....	40
Maßnahme 2: Häuser der Familie und Quartiersbildungszentren .....	40
Maßnahme 3: Ausbau der Kinderbetreuung .....	41
Maßnahme 4: Kostenfreies Kita-Mittagessen .....	41
Maßnahme 5: Kommunale Kliniken .....	42
Maßnahme 6: Bundesinitiativen .....	43
Maßnahme 7: Sicher und friedlich Zusammenleben .....	43
Beispiel: Stopp der Jugendgewalt .....	43
Beispiel: Wirtschaftskriminalität .....	44
Beispiel: Sicherheit vor Ort .....	44
5. Zukunftsfeste Arbeitnehmerrechte und solidarisch finanzierte Sozialversicherungssysteme .....	45
6. Öffentliche Verarmung durch falsche schwarz-gelbe Chaospolitik .....	46
Aktionsfeld 1: Senat/Bundesrat .....	48
Aktionsfeld 2: Senat und Magistrat .....	49
Aktionsfeld 3: SPD-Bundestagsfraktion .....	49
Aktionsfeld 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion .....	49
Aktionsfeld 5: SPD-Stadtverordnetenfraktion .....	50
Aktionsfeld 6: SPD-Beiratsfraktionen und örtliche Abgeordnete ....	50
Aktionsfeld 7: SPD-Landesorganisation und SPD-Unterbezirke ....	50
Aktionsfeld 8: SPD-Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften .....	51

## **Einleitung**

Die Sozialdemokratie ist die bestimmende politische Kraft im Land Bremen mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven. Dies werden wir im Jahr 2010 anhand klar definierter, sozialdemokratischer Schwerpunktthemen deutlich machen. Es gilt, die Bürgerinnen und Bürger in Bremen und Bremerhaven davon zu überzeugen, dass die Verantwortung für das Land und seine beiden Städte bei der Sozialdemokratie auch in der Zukunft in guten Händen liegt

Wie im Bund ist auch die SPD im Land Bremen gefordert, verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen und auch diejenigen wieder anzusprechen, die sich in den vergangenen Jahren von uns abgewandt haben.

Maßgeblich für die Glaubwürdigkeitsverluste der SPD waren dabei sicherlich Teile der Arbeitsmarktpolitik des Jahres 2004, die Entscheidungen der großen Koalition zur Anhebung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und die massive Ausweitung und Deregulierung des Leih- und Zeitarbeitssektors. Diese Entscheidungen lösten massive Abstiegsängste und große Sorgen vor Arbeitslosigkeit und Altersarmut aus und wurden daher von großen Teilen unserer Stammwählerschaft nicht akzeptiert. Ein Schwerpunkt unserer Arbeit muss daher darin bestehen, spürbare Korrekturen zu den Themen „Hartz IV“, „Rente mit 67“ und „Leiharbeit“ zu bewirken.

Darüber hinaus wollen wir das sozialdemokratische Profil auch in der Koalition im Lande Bremen sichtbarer werden lassen, gemeinsam mit unserem Koalitionspartner durch eine Politik für sozialen Ausgleich, wirtschaftliches Wachstum, ökologische Nachhaltigkeit und Bildungs-, Berufs- und damit Lebenschancen für alle Menschen im Land Bremen. Dabei müssen wir unsere Anstrengungen für mehr Chancengleichheit und für mehr soziale Gerechtigkeit erfahrbar machen, vor Ort und im Konkreten.

Die Opposition in der Bremischen Bürgerschaft bietet den Menschen keine inhaltliche Perspektive an. CDU und FDP sind die Bremer Steigbügelhalter für eine schwarz-gelbe Bundespolitik, die mit ihren Steuersenkungsplänen zu Lasten von Ländern und Kommunen jeden Ansatz konterkariert, in Bremen und Bremerhaven mehr für die Kinderbetreuung zu tun, in Bildung zu investieren und unsere wirtschaftliche Stabilität nachhaltig zu sichern. Die Linke hingegen ist immer noch nicht in der Realität angekommen und hangelt sich irgendwo zwischen Luftschlössern, Verantwortungslosigkeit und Inkompetenz durch ihren politischen Alltag. Wir werden die Unzulänglichkeit dieser Opposition auch nach außen deutlicher machen müssen.

Mit Blick auf die Bürgerschaftswahl 2011, aber auch auf die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung in Bremerhaven und der Beiräte in Bremen wollen wir zur Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte die Koordination und den Schulterschluss zwischen Partei, Fraktion und Senat intensivieren. Auch unsere engagierten Mitglieder in den Ortsvereinen, die vielen ehrenamtlich Aktiven in den Beiräten und Stadtteilkonferenzen sind gefordert. Es gilt, alle Kräfte zu bündeln. Gemeinsam können und werden wir eine erfolgreiche sozialdemokratische Politik in Bremen und Bremerhaven umsetzen.

Dieses Papier ist ein erster Impuls für die inhaltliche, öffentliche Profilbildung und die Herausarbeitung sozialdemokratischer Schwerpunktthemen dieser Legislaturperiode in den Städten und Stadtteilen unseres Landes. Es ist kein vollständiges Arbeitsprogramm, kein Parteitagsantrag, sondern ein Themenkatalog, der ergänzt werden kann und soll und der beispielhaft als Grundlage für die Verknüpfung konkreter politischer Inhalte mit Aktionsideen der verschiedenen Gliederungen der SPD im Lande Bremen dienen wird. Wir wollen im Jahr 2010 möglichst vieles davon direkt für die Darstellung unserer Politik vor Ort nutzen, und die Ergebnisse unserer Arbeit, die guten, wesentlichen Erfolge sozialdemokratischer Politik, auch mit Blick auf den 22. Mai 2011 öffentlich aufzeigen.

Die verschiedenen Bausteine müssen sich dabei in ein Gesamtbild einfügen. Unsere Stärke ist die hohe Verankerung in den Stadtteilen. Wir müssen noch deutlicher machen, dass wir diejenigen vor Ort sind, die sich für die Menschen engagieren, im Stadtteil, als örtliche Abgeordnete, in den Vereinen und Initiativen. Durch den Ausbau der Beiratsrechte in der Stadt Bremen, das landesweit veränderte Wahlrecht und die Erweiterung der Möglichkeiten zur Volksgesetzgebung wird die direkte Bindung an die Menschen in den Stadtteilen deutlich erhöht. Deshalb ist es so wichtig, dass unsere Politik vor Ort sichtbar und erfolgreich ist. Der folgende Themenkatalog umfasst daher auch viele Punkte, die wir gut zu konkreten Handlungsoptionen für die Stadtteile entwickeln können.

Ein gutes und wichtiges Instrument für die Verknüpfung von sozialdemokratischen Schwerpunkten und der konkreten Politik im Stadtteil sind die Planungskonferenzen, die nach dem neuen Beirätegesetz in allen Beiratsgebieten Bremens durchgeführt werden. Zusammen mit den Beiratsfraktionen sind unsere Ortsvereine gefordert, sich aktiv an den Planungskonferenzen zu beteiligen. Es gilt nach wie vor: Nur die SPD ist in allen Stadtteilen präsent.

Wir Sozialdemokraten arbeiten für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven und nicht für ein spezielles Klientel. Wir werden die Menschen durch eine klare politische Schwerpunktsetzung davon überzeugen, dass ihre Interessen und Anliegen bei den Sozialdemokraten auch in der Zukunft in guten Händen liegen. Gleichzeitig müssen wir uns schärfer mit dem neoliberalen Unfug auseinandersetzen, und wir müssen mit dieser schärferen Auseinandersetzung jetzt beginnen, nicht erst im Wahlkampf. Und wir müssen ab sofort die harte Auseinandersetzung mit der schwarz-gelben Bundesregierung führen und damit deutlich machen, für welchen Kurs wir stehen.

## **1. Gute Arbeitsplätze - kraftvolle Wirtschaft - ökologische Innovation**

*Unsere politische Aufgabenstellung ist es: Wie schaffen und sichern wir Beschäftigung für die Menschen in Bremen und Bremerhaven, von der sie auch leben können. Beispielhafte Projekte in verschiedenen Branchen der Wirtschaft unseres Landes zeigen nachfolgend wie sich sozialdemokratische Landespolitik konkret kümmert.*

Bremen ist der siebtgrößte Industriestandort in Deutschland. Nach einer langen Phase des Strukturwandels haben sich Bremen und Bremerhaven zu einem leistungsstarken und wettbewerbsfähigen Industriestandort entwickelt, dessen Stärke vor allem in der engen Verknüpfung von Industrie, Dienstleistung Zulieferern und wissenschaftlicher Forschung und Ausbildung besteht. Diese Stärken werden wir durch eine gezielte Wirtschafts-, Wissenschafts- und Arbeitsmarktpolitik weiter ausbauen.

### **Automobilindustrie**

Bremen ist eines der leistungsfähigen Zentren der deutschen Automobilindustrie. Im Bremer Mercedes Werk mit seinen über 12.500 Beschäftigten werden mehr als 270.000 Fahrzeuge im Jahr produziert. Das Autoterminal in Bremerhaven ist Europas größter Umschlagshafen für Automobile. Der Automobilstandort Bremen und Bremerhaven hat mit dem effizienten und leistungsfähigen Netz von mehr als 600 Kfz-Zulieferern gute Zukunftsperspektiven und ist heute schon ein hoch technisierten Kompetenzzentrum etablierter Unternehmen.

Wir wollen durch unsere Wirtschaftspolitik dazu beitragen, die Zusammenarbeit zwischen Automobilunternehmen, Zulieferern und Forschungseinrichtungen zu intensivieren. Ein wichtiges Element ist die Stärkung des Netzwerks „**automotive**“ in der Metropolregion.

Im Jahr 2009 wurden Bremen und der Nordwesten zur „**Modellregion Elektromobilität**“ ausgewählt. Hier werden Verkehrskonzepte der Zukunft

entwickelt, die die Einbindung von Elektrofahrzeugen in bestehende Mobilitätsangebote ermöglichen. Hierbei sollen nicht nur elektrisch betriebene Personenkraftwagen und Nutzfahrzeuge, sondern auch E-Fahrräder und E-Schiffe zum Einsatz kommen.

Gleichzeitig sollen die vorhandenen Kompetenzen in automobiler Logistik und erneuerbaren Energien gestärkt und mit dem Ziel verknüpft werden, einerseits einen möglichst großen Beitrag für einen emissionsfreien Innenstadt- und Pendlerverkehr zu leisten und andererseits eine größtmögliche individuelle Mobilität für gewerbliche und private Zwecke sicher zu stellen. Die Chance der „Modellregion für Elektromobilität im Nordwesten“ liegt in der ganzheitlichen Betrachtung der Verkehrssysteme und der effizienten Einbindung von Pkw, ÖPNV, Liefer- und Nutzfahrzeugen, Car-Sharing sowie Zweirädern mit alternativen Antrieben.

Der Automobilstandort Bremen kann weiter ausgebaut werden. Mit dem Gewerbepark Hansalinie ist ein optimaler Standort für Unternehmen aus der Automobilbranche geschaffen worden. Mit direktem Autobahnanschluss und nur wenigen Minuten zu DaimlerChrysler.

### **Luft- und Raumfahrtindustrie**

Durch die aktive Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik des Senats sind in den vergangenen Jahren die Standortbedingungen für die Luftfahrtindustrie nachhaltig gestärkt worden. Mehr als 10.000 Arbeitnehmer arbeiten bei Airbus und den Zulieferern. Mit dem Programm **Bretec** stärken wir die Verflechtung zwischen Airbus und den Zulieferern und der Wissenschaft. Das Netzwerk **Aviabelt** ist Ausdruck einer erfolgreichen Clusterbildung, die jetzt auf die Metropolregion ausgeweitet wird.

Der Raumfahrtstandort Bremen zeichnet sich durch sein industrielles Potential und seine wissenschaftliche Exzellenz aus. Insgesamt arbeiten etwa 1800 Ingenieure und Wissenschaftler an nationalen, europäischen oder internationalen Raumfahrtprogrammen. Der Industriestandort wird durch

EADS Astrium und OHB geprägt, die Bremen zum Entwicklungs- und Produktionsstandort von Raumfahrtsystemen herausragend qualifiziert haben, dazu gehören im Raumtransport – Oberstufen der ARIANE -, in der bemannte Raumfahrt – COLUMBUS und ATV – und im Satellitenbereich mit Programmen wie SARLupe und Galileo.

Als Zentrum der Raumfahrtwissenschaft und -forschung zeichnet sich Bremen durch ein breites Spektrum aus: Das Institut für Umweltphysik (IUP) und das Alfred-Wegener-Institut (AWI) liefern Beiträge im Bereich der Klima- und Atmosphären Überwachung, das Zentrum für Angewandte Raumfahrttechnologie und Mikrogravitation (ZARM) zur Schwerelosigkeit, das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz Bremen (DFKI) entwickelt intelligente robotische Systeme und das Deutsche Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) Institut für Raumfahrtsysteme entwickelt in Bremen Konzepte für innovative Raumfahrtmissionen auf nationalem und internationalem Niveau entwickelt.

Wir werden auch in Zukunft Raumfahrtpolitik als aktive Industrie- und Forschungspolitik betreiben und die Unternehmen am Standort begleiten und unterstützen, dazu gehört die Unterstützung für ein Nachfolgeprogramm zur Ariane 5 und eine neue Initiative zur Weltraumexploration. Der Bau eines Klima-Satelliten (KlimaMonitor / CARBONSAT) werden wir unterstützen

Mit Unterstützung des DLRs und des Bundesverkehrsministeriums hat Bremen ein Zentrum zur Anwendung der Raumfahrttechnologie CEON Mitte 2009 gegründet, mit dem Ziel nutzerorientierte Beiträge bei Umwelt und Sicherheitsfragen in den Bereichen Maritim, Luftqualität und Logistik zu liefern. Dies wollen wir zu einem europäischen Zentrum ausbauen.

## **Windenergie**

Mit erheblicher Unterstützung durch den Senat ist Bremerhaven in den letzten Jahren zum Zentrum der deutschen Offshore Windenergie geworden. Die Windenergieagentur Bremerhaven (WAB) als regionales Netzwerk von Unternehmen, Wissenschaftseinrichtungen und Politik hat daran maßgeblichen Anteil, das Spitzencluster **Germanwind** ist Ausdruck der starken Wettbewerbsposition.

Mit der Stärkung der Windenergietechnik und der Ansiedlung von Produktions- und Dienstleistungsunternehmen sowie Forschungseinrichtungen der regenerativen Energien verfolgen wir eine langfristig und nachhaltig wirkende industrie- und wirtschaftspolitische, aber auch klimapolitische Strategie. Die Offshore Windenergie ist zum wesentlichen Jobmotor an der Küste geworden. Betriebe der gesamten Wertschöpfungskette der Produktion von Offshore-Anlagen von Gründungsstrukturen, Turmbau, Generatoren, der Rotorblätter bis hin zum Service und der Wartung finden schon heute in Bremerhaven exzellente Standortbedingungen, die wir weiter stärken werden.

Auf der nunmehr bremschen Luneplate werden wir ausreichend Flächen für die dynamischen Unternehmen dieser Branchen zur Verfügung stellen. Wir werden alle Anstrengungen im Jahr 2010 und den Folgejahren unternehmen, um einen leistungsfähigen Spezialhafen für die Offshore Windenergie in Bremerhaven zu realisieren. Bis zur Fertigstellung dieses Terminals werden wir Übergangslösungen für den Umschlag der hier ansässigen Firmen ermöglichen.

## **Lebensmittelindustrie**

Mit über 5.000 Beschäftigten ist die Lebensmittelverarbeitung eine Leitbranche in Bremerhaven. Insbesondere von der Biotechnologie gehen wichtige Impulse aus.

Das innovative Milieu dieser in Norddeutschland einmaligen Konzentration von FuE-Einrichtungen der **BioTec** - und **Life Sciences** - **Branche** wollen wir weiter stärken.. Mit der FuE-Zone am Bremerhavener Handelshafen soll die weitere Vernetzung der Unternehmen und FuE-Einrichtungen, insbesondere mit dem Alfred-Wegener-Institut, dem Technologie-Transfer-Zentrum (ttz) und dem Institut für Marine Ressourcen (imare), im Fischereihafen gefördert werden.

In Bremen und der Metropolregion wollen wir das Clustermanagement für die Unternehmen der Ernährungswirtschaft der Region aufbauen. Ab Januar 2010 werden bedarfsspezifische Projekte mit und für Unternehmen der Ernährungsbranche in der Metropolregion Bremen-Oldenburg im Nordwesten koordiniert. Dabei geht es um Projekte der Lebensmittelsicherheit; der Qualitätssicherung; der Verbesserung der Ökobilanz; der Entwicklung eines gemeinsamen Standort- und Kommunikationsprofils der Unternehmen in der Ernährungswirtschaft, der Aufbau eines „Frühwarnsystems“ für Gesetze und Verordnungen auf nationaler aber auch auf EU-Ebene sowie die Entwicklung eines FuE-Atlas zur Forschungslandschaft in der Metropolregion Nordwest.

Daneben sollen auch unternehmensspezifische Einzelprojekte durch das Clustermanagement unterstützt werden, wie z. B. Kooperationen zwischen Unternehmen und Hochschulen oder Forschungseinrichtungen. Ein Beispiel dafür ist ein duales Ausbildungs- und Qualifizierungsprojekt zur „Produktentwicklung im Bereich verarbeitende Lebensmittelindustrie im Zuge eines veränderten Verbraucherverhaltens“.

### **Gesundheitswirtschaft**

In der Gesundheitswirtschaft Bremens sind rund 33.000 Personen beschäftigt. Dabei werden die Bedeutung und das Wachstumspotenzial der Branche durch den siebenprozentigen Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse zwischen 2000 und 2007 deutlich. Insgesamt produzieren die Einrichtungen des

Kernbereichs der Gesundheitswirtschaft im Land Bremen, mit den Vorleistungsindustrien, Leistungen im Wert von ca. 2,5 Mrd. €

Die Krankenhäuser zählen mit mehr als 12.000 Beschäftigten zu den bedeutendsten Arbeitgebern im Land Bremen. Die Zukunftssicherung dieser Einrichtungen als zentrale Säulen der Gesundheitswirtschaft ist sowohl für den Wirtschaftsstandort als auch die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von großer Bedeutung. Die Friedehorst gGmbH ist zudem mit über 1400 Mitarbeitern zentraler Arbeitgeber für die Bürger und Bürgerinnen in Bremen Nord. Mit der geplanten Realisierung eines an Friedehorst anschließenden Gesundheitsparks wollen wir zur Stärkung und Weiterentwicklung dieses zukunftssträchtigen Marktes in Bremen Nord beitragen.

Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Wachstumstreiber unserer Wirtschaft. Die demographische Alterung und das stetig steigende Gesundheitsbewusstsein unserer Bevölkerung lassen die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen weiter steigen. Wir werden mit der Landesinitiative **„Bremen Zukunftsmarkt Gesundheit“** die Gesundheitswirtschaft in Bremen/Bremerhaven stärken und konzentrieren uns dabei auf die Entwicklung innovativer Produkte und Dienstleistungen.

Bestehende und neue Institute sowie Unternehmen der Gesundheitswirtschaft werden durch Beratung und Vernetzung unterstützt, um den Ausbau der Position Bremens für Dienstleistungen auf Quartiersebene und gesamtstädtisch zu entwickeln. Dabei sollen die ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen insbesondere im Hinblick auf die demographische Alterung unter Einbeziehung weiterer Dienstleister innerhalb und außerhalb Bremens den Anforderungen der Zukunft angepasst werden. Ziel ist, durch neue Versorgungskonzepte auch neuartige Dienstleistungen für ein gutes und gesundes Leben im Alter zu Hause zu schaffen.

Die zentrale Rolle der kommunalen Kliniken der Gesundheit Nord in der bremischen Gesundheitswirtschaft soll auch in der Landesinitiative stärker positioniert werden.

## **Mittelstand**

Entgegen vielen Erwartungen steht der bremische Mittelstand, die kleinsten, kleinen und mittleren Unternehmen, in der Wirtschafts- und Finanzkrise relativ stark da und ist weniger betroffen als die großen Unternehmen.

Mit der Neuorganisation der Wirtschaftsförderung haben wir Voraussetzungen geschaffen, um besonders die Klein- und Mittelbetriebe im Lande effizient zu unterstützen. Wir werden die unternehmensbezogene Förderung in Zukunft noch stärker auf den Mittelstand ausrichten und bündeln. Mit der verstärkten Einbeziehung der Bremer Aufbaubank (BAB) in die Wirtschaftsförderung schaffen wir gerade in der gegenwärtigen Situation für den Mittelstand erleichterten Zugang zu Kreditfinanzierungen.

Mit dem Strukturkonzept 2015 streben wir eine engere Koordinierung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktförderung auf strategischer und operationeller Ebene an. Eine besondere Bedeutung haben dabei Programme und Maßnahmen zur beruflichen Qualifizierung und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Im Bereich der Ausbildung sollte die Erhöhung der Ausbildungsbereitschaft der Unternehmen mit Migrationshintergrund besonders berücksichtigt werden

## **2. Bessere Bildung – Erfolge sozialdemokratischer Schulpolitik**

*Wie setzen wir die beschlossene Schulpolitik in Bremen und Bremerhaven konkret um? Nachfolgend stellen wir für verschiedene Stadtteile unserer beiden Städten exemplarische Maßnahmen vor.*

Schulentwicklung ist zugleich auch Stadtteilentwicklung. Mit einem guten Bildungsangebot im Stadtteil wollen wir auch die jungen Leute erreichen, die nicht von zu Hause aus unterstützt und ermutigt werden in eine weiterführende Schule außerhalb des Stadtteils zu gehen. Die Bildungsbeteiligung, insbesondere die Abiturquote ist in solchen Stadtteilen besonders niedrig.

## **Stadtgemeinde Bremen**

### **Beispiel 1: Gröpelingen – Modellstadtteil „Lernen vor Ort“**

In Gröpelingen soll neben der Gesamtschule West ein weiterer attraktiver Oberschulstandort entstehen. Die **neue Oberschule Gröpelingen** wird deshalb die Wahlmöglichkeit der Eltern und Jugendlichen erhöhen. Das Gebäude an der Ernst-Waldau-Straße soll vollständig renoviert werden. Dafür nehmen wir viel Geld für eine Ganztagschule und eine neue Mensa in die Hand.

Mitten in Gröpelingen soll die **Grundschule an der Fischerhuder Straße** zum Treffpunkt für Kinder und Familien werden und ein attraktives Bildungsangebot in Kooperation mit anderen Institutionen vorhalten.

Das dort entstehende Quartierbildungszentrum soll Angebot für junge Mütter, Sprachkurse, Sprachförderung für Kinder und Leseangebote vorhalten. Die vielfältigen Angebote vor Ort sollen vernetzt werden, so dass für Kinder von der Geburt an bis zur Einschulung und von der Grundschule bis zum Abitur alle Wege offen stehen.

Die **Ganztagschule „Auf den Heuen“** ist in diesem Jahr im Wettbewerb „Zeigt her Eure Schule“ der Deutschen Kinder- und Jugendstiftung und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ausgezeichnet worden.

Dabei hat die Jury die Kriterien Qualität, Bedarfsorientierung sowie Nachhaltigkeit als Maßstab angelegt. Wie viele unserer Ganztagsgrundschulen hat auch die Ganztagschule „Auf den Heuen“ Bundesmittel aus dem Investitionsprogramm „Zukunft, Bildung und

Betreuung“ sowie Landesmittel genutzt, um ihre Qualitätsentwicklung auf den Weg zu bringen.

Seit dem Schuljahr 2005/2006 ist die Grundschule eine Ganztagschule in gebundener Form für alle Kinder. Sie wird gemeinsam mit dem pädagogischen Personal des ehemaligen Kinder- und Jugendhauses Wohlers Eichen der Hans-Wendt-Stiftung gestaltet. Auf dem Schulgelände befindet sich außer dem eingeschossigen Schulgebäude das ehemalige Hortgebäude der Hans-Wendt-Stiftung, einer Stiftung der Kinder- und Jugendhilfe. Vertreter von Schule und Stiftung entwickelten gemeinsam ein Ganztagschulkonzept mit einem rhythmisierten Schultag von 8 – 15 Uhr für die Kinder der Jahrgänge 1, 2 und von 8 – 16 Uhr für die Jahrgänge 3, 4. Nur Freitags schließt die Schule für alle Kinder um 14 Uhr.

Die Ganztagschule ist eine Musikprofilschule. Die Gestaltung des Tagesablaufes liegt in der Verantwortung des Lerngruppenteams, das aus Lehrerinnen/Lehrern, Erzieherinnen/Erziehern und Sozialpädagoginnen/Sozialpädagogen besteht. Die Planungen sehen einen Wechsel von Spannungs- und Entspannungsphasen vor, von Kleingruppenarbeit und gemeinsame Arbeit in der gesamten Lerngruppe und von Zeiten mit Doppel- und Einfachbesetzung. Die Kinder der Jahrgänge 1 – 3 arbeiten gemeinsam in einer Lerngruppe. Für die Kinder und mit den Kindern werden differenzierte Arbeitspläne erstellt. Viele der Themen werden auf unterschiedlichen Leistungsniveaus angeboten. Projekte werden von allen im individuellen Tempo und auf individuellem Niveau bearbeitet.

### **Beispiel 2: Huchting**

Das Bremische Schulgesetz und das Bremer Kinder- und Jugendhilfegesetz schreiben eine Kooperation von Schule und Jugendhilfe vor. Die Kooperationsvereinbarung der laufenden Legislaturperiode fordert den Ausbau und die Systematisierung dieser Kooperation. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Kooperation des Elementar- und Primarbereichs ein.

Im Planbezirk hatte sich im Kontext des Projektes „TransKiGs“ ein Runder Tisch gebildet, an dem **Kita und Schule Robinsbalje** teilgenommen haben. Ziel der Kooperation war zunächst die gemeinsame Gestaltung des Übergangs von der Kita zur Schule mit u. a. folgenden Maßnahmen: Aus der engen Kooperation mit der Kita und aus der Übereinstimmung der in der Einschätzung der notwendigen Unterstützung für bildungsferne Familien entwickelte sich die Idee, den gemeinsamen Ort der Schule und Kita Robinsbalje als gute Voraussetzung zur Gründung einer fehlenden Verknüpfung der Institutionen des Sozialraums Mittelshuchting zu begreifen.

Nach dem Vorbild der Vensterschoolen in Groningen ist geplant, das Mensagebäude durch mehrere Mehrzweckräume zu ergänzen, die neben der schulischen Nutzung räumliche Möglichkeiten z.B. für Beratung, Kommunikation und Austausch, für Elternbildung, für Gesundheitserziehung und Freizeitangebote bieten soll. Die örtliche Nähe der Träger (Jugendhilfeträger, Kita Bremen, Vereine, u. a.) und Institutionen bzw. Dienststellen (Haus der Familie, Soziale Dienste, Schulärztlicher Dienst, Schulpsychologischer Dienst) zueinander soll für die Kinder von 0 - 12 Jahren im Quartier bessere Bildungs- und Entwicklungschancen eröffnen. Die Grundsteinlegung war am 30. September 2009 mit allen Akteuren im Stadtteil. Robinsbalje wird noch in dieser Legislaturperiode die Arbeit als Quartiersbildungszentrum aufnehmen, und zugleich werden die Grundschulkinder ihre neue Mensa in Besitz nehmen können.

### **Beispiel 3: Osterholz/Tenever**

Die **Gesamtschule Ost** (GSO) ist eine Schule für alle und eine Ganztagschule. An drei Tagen in der Woche ist der Nachmittagsunterricht verpflichtend. Die Schülerschaft der Mittelstufe kommt hauptsächlich aus Osterholz und aus den benachbarten Stadtteilen Mahndorf, Vahr und Oberneuland. Die Gymnasiale Oberstufe ist für alle Schülerinnen und Schüler aus Osterholz und darüber hinaus anwählbar, die die Berechtigung zum Besuch einer Oberstufe erworben haben.

Die GSO erhielt zusammen mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen den „Zukunftsaward 2007“ in der Kategorie "Beste Soziale Innovation" und 2008 den 1. Preis im Wettbewerb "Kinder zum Olymp" für das Projekt "Melodie des Lebens". Am 31. Oktober 2008 wurde sie im Projekt "Deutschland Land der Ideen" zum "Ausgewählten Ort 2008" Zukunftslabor Orchesterschule Bremen ernannt. Es findet zudem eine Zusammenarbeit mit der **Musikschule Bremen** statt.

Die Gesamtschule Ost erhielt bereits 2008 eine bestehende gymnasiale Oberstufe, um das Musikprofil der Schule bis zum Abitur neu zu gestalten. Sie bietet jetzt musikalisch interessierten und musikalisch besonders begabten Schülerinnen und Schülern von Klasse 5 bis 13 nicht nur ein erstklassiges musikalisches Angebot, sondern auch alle Abschlüsse bis zum Abitur an. Gemeinsam mit den Schulen des Stadtteils Osterholz sind im letzten Jahr neue Profile für die Oberstufenschülerinnen und -schüler entwickelt worden: Neben den kulturellen Schwerpunkten im Darstellenden Spiel, in der Kunst und der Musik gibt es ebenso ein naturwissenschaftlich-ökologisches Profil.

#### **Beispiel 4: Horn-Lehe**

Die **Oberschule an der Ronzelenstraße** ist eine Schule von Klasse 5 bis 13. Ab 01.08.2009/2010 ist sie Schule im Reformprozess mit eigener Oberstufe, die neben den berufsvorbereitenden Bildungsgängen auch das Abitur nach 12 und nach 13 Schuljahren ermöglicht. Sie bietet allen Kindern somit durchgängige Bildungswege für alle gewünschten Abschlüsse. Zudem ist sie Ganztagschule mit profilbestimmenden Sport-Angeboten, Sozialtraining, Studienzeiten, Hausaufgaben- und Freizeitbetreuung sowie einem breiten Angebot von Arbeitsgemeinschaften.

Sportlich Hochbegabte und Interessierte erhalten an der Oberschule an der Ronzelenstraße die Rahmenbedingungen, um die schulischen und sportlichen Anforderungen gleichermaßen erfüllen zu können, ohne die

anstehenden persönlichen Entwicklungsaufgaben zu vernachlässigen. Sportlich Hochbegabte benötigen professionelle Unterstützung und ein verlässliches Umfeld, damit die Schüler ihre leistungsorientierten sportlichen, aber auch schulischen und sozialen Ziele erreichen können.

In besonderen Sportkaderklassen werden Spitzensportler aus den Bereichen Rhythmische Sportgymnastik, Judo, Schwimmen, Leichtathletik und Volleyball in der Ganztagsbetreuung gefördert. Assoziierte Sportarten sind Badminton, Tennis, Triathlon und Mädchen-Fußball. Für die allgemeinen Sportklassen wird in Zusammenarbeit mit den Verbänden eine breite Palette von Sportarten in den Ganztagsstundenplan integriert. Die Trainingsstätten sind an der Universität, am Bundesstützpunkt Rhythmische Sportgymnastik und am Landesleistungszentrum Schwimmen. Als Unterstützung für die gesamte schulische und sportliche Laufbahn sichern wir die Essensversorgung, Hausaufgabenbetreuung und einen möglichen Förderunterricht zu.

An der Oberschule gibt es eine Sportkaderklasse, in der die von den Verbänden empfohlenen Leistungskader nach einem für Schulfächer und Training abgestimmten Stundenplan unterrichtet werden. Daneben gibt es allgemeine Sportklassen mit besonderem sportlichem Schwerpunkt, die stadtweit anwählbar sind. Die Kinder können sich durch Teilnahme an den Grundschul-Sport- Arbeitsgemeinschaften hierauf vorbereiten.

### **Beispiel 5: Hemelingen**

Die **Kinderschule auf der Hohwisch** ist eine staatliche Modellschule für vollständige Inklusion und zeigt uns, dass alternative Arbeit im staatlichen Schulsystem möglich sein kann. Sie ist Anlass dazu gewesen, im Schulgesetz auch für andere Schulen die Möglichkeit zu schaffen, Reformschule zu werden und damit einem geschlossenen reformpädagogischen Konzept zu folgen, das in der Organisation und Gestaltung des Unterrichts abweicht und dauerhaft eingerichtet wird.

Die Kinderschule – im Rahmen einer Elterninitiative seit 1980 als stadtteilbezogene Freie Ganztags-Schule betrieben – arbeitet seit 1993 als staatliche Modellschule im bremischen Schulsystem. Kernpunkte des pädagogischen Konzeptes sind altersgemischte Lerngruppen und Unterricht in Angebotsform. In der Verknüpfung von schulischen- und Betreuungsangeboten ist die Projekt-Arbeit wichtigstes Element des Lernens. Die Kinderschule Bremen strebt an, Kinder mit Entwicklungsverzögerungen, Lernschwierigkeiten unterschiedlichen Hintergrunds und Kinder mit körperlichen und geistigen Beeinträchtigungen im Rahmen des reformpädagogisch orientierten Konzeptes zu fördern und, ihren Entwicklungsmöglichkeiten entsprechend, zu beschulen.

Der Anteil der Kinder mit Beeinträchtigungen soll schrittweise erweitert werden und den personellen und räumlichen Gegebenheiten der Kinderschule entsprechen. Das pädagogische Team der Kinderschule Bremen maßt sich nicht an, im Rahmen eines inklusiven Konzeptes ausnahmslos alle Kinder angemessen betreuen und begleiten zu können. Hier wird von einer stufenweisen Entwicklung ausgegangen, deren Aufbau nach dem Index für Inklusion von Booth/Ainscow erfolgen kann. Es ist ein inklusiver Schulentwicklungsplan zu erarbeiten, der in seinen Erkenntnissen und Rahmenbedingungen evaluiert werden sollte.

Die Kinderschule Bremen hat langjährige Erfahrungen mit einem hohen Anteil an Quereinsteigern mit unterschiedlichsten Lernschwierigkeiten sowie negativen Erfahrungen und der damit verbundenen Haltung zu Lernprozessen (geringes Selbstwertgefühl). Ebenfalls wählen Eltern, die einen Regelschulbesuch ihres Kindes für problematisch halten, die Kinderschule als „sanften“ Einstieg in das Schulleben.

An dieser Grenze zum attestierten Förderbedarf arbeitet die Kinderschule mit Hilfe des die Gesamtpersönlichkeit fördernden reformpädagogischen Konzeptes. Emotionale und soziale Entwicklung ist ein wesentlicher Bestandteil für die Notwendigkeit, Verantwortung für eigene Lernprozesse zu

übernehmen. Die Arbeit in altersgemischten Lerngruppen (in den Stammgruppen 1/2 und 3/4, in den Angeboten/Projekten von 1 bis 4, inkl. 5-jährige) und die angebotsorientierte Struktur der freien Anwahl nach Neigungen, bilden die Grundlage des Konzeptes: Individualisierung des Leistungsbegriffes und ganzheitliche Förderung der Persönlichkeit.

Das Haus des inklusiven Lebens und Lernens von Bintiger/Wilhelm entspricht dem pädagogischen Ansatz der Kinderschule Bremen: Methodenvielfalt und handlungsorientiertes Lernen als Basis einer dynamischen Lern- und Entwicklungsbegleitung. Die Integration von Kindern mit Handicaps war von Anfang an ein Bestandteil des pädagogischen Konzeptes, ist bisher jedoch nur in Einzelfällen umgesetzt worden. Seit zwei Jahren rückt dieser Aspekt der Realisierung verstärkt ins Blickfeld.

### **Beispiel 6: Vegesack**

Mit dem Angebot einer Oberschule, mit der Möglichkeit das Abitur nach 13 Jahren abzulegen, geht das Konzept der Oberschule auf. In dem Gymnasium Vegesack mit Abitur nach 12 und der **Oberschule an der Lerchenstraße** mit Abitur nach 13 sehen die Eltern eine gleichwertige Alternative.

Seit dem 01.08.2009 ist die Oberschule an der Lerchenstraße eine von 9 neuen Bremer Oberschulen. An ihnen können folgende Schulabschlüsse erworben werden: die erweiterte Berufsbildungsreife, der mittlere Schulabschluss sowie das Abitur nach acht oder neun Schuljahren. In der Oberschule an der Lerchenstraße werden folgende Profile angeboten: bilingual, Sport, Naturwissenschaften sowie Kultur.

Zum Besuch des bilingualen Bildungsganges kommen Schüler/innen aus der gesamten Region Bremen-Nord, ebenso diejenigen, die als zweite Fremdsprache Russisch wählen möchten, oder die sich für die Sportklassen entscheiden. Zwei Klassenverbände eines jeden Gymnasialjahrgangs werden bilingual (Englisch) unterrichtet. Das heißt: Zum bilingualen Unterrichtsangebot können die Schüler/innen an Model United Nations teilnehmen und

ihre ersten beruflichen Erfahrungen in England machen. Bili-Lehrkräfte und –Schüler/innen nehmen jährlich an einem zweiwöchigen Betriebspraktikum in England teil. Stets erteilten die dortigen Arbeitgeber den 14- bis 16-jährigen hervorragende Leistungs- und Verhaltensnoten. Vorbereitungen und Abnahme von Cambridge Certificate Prüfungen werden angeboten. Der bilinguale Bildungsgang kann in der gymnasialen Oberstufe fortgesetzt werden.

In der Oberstufe bieten werden drei Profile angeboten: Das Bili-Profil "Internationalität" (Leistungsfach Englisch kombiniert mit Geschichte und Biologie bilingual) wird aus der Sekundarstufe I fortgesetzt. Das Profil "Umwelt & Verkehr" (Leistungsfach Mathematik kombiniert mit Informatik und Geografie) und das Profil "Ästhetik & Gesellschaft" (Leistungsfach Deutsch kombiniert mit Kunst und Politik) ergänzen das Angebot.

### **Beispiel 7: Blumenthal**

Mit Schuljahresbeginn 2009/2010 sind bereits sechs **Werkschulen** in sechs unterschiedlichen Standorten Berufsbildender Schulen als Pilotprojekt gestartet. An diesen Standorten wurden Lerngruppen eingerichtet, die in einem dreijährigen Bildungsgang von Klasse 9 bis Klasse 11 zum Abschluss führen. Die Schülerinnen und Schüler erreichen bei entsprechenden Leistungen am Ende einen Schulabschluss und haben die Chance anschließend einen Ausbildungsplatz zu erlangen. Der Bildungsgang Werkschule richtet sich vor allem an Schülerinnen und Schüler, denen das theoretische Lernen nicht so leicht fällt, die aber gerne praktisch arbeiten und über diese Herangehensweise notwendiges Wissen eher erlangen. Für diejenigen, die mehr Zeit zum Lernen benötigen, kann das eine Alternative sein. Die Erweiterte Berufsbildungsreife kann am Ende von Klasse 11 (statt Klasse 10) mit einer Prüfung erlangt werden, in der die Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines eigenen Projektes zeigen können, was sie in den drei Jahren praktischer Arbeit in Verbindung mit Theorie alles gelernt haben.

An diesem Werkschulstandort am **Schulzentrum Blumenthal** können im Bereich der personenbezogenen Dienstleistungen die Bereiche Nahrungszubereitung, Service, Verkauf und Präsentation sowie Planung und Gestaltung von Feierlichkeiten kennengelernt werden. In der Werkschule wird an vier Tagen in der Woche fachpraktisch in professionell eingerichteten Lehrküchen gearbeitet. Die Werkschule Blumenthal arbeitet mit Firmen, sozialen Einrichtungen und Vereinen aus der Umgebung zusammen. Darüber hinaus können die Schülerinnen und Schüler sich in mehreren Betriebspraktika einen Überblick über die Arbeit in Firmen verschaffen und das praktisch Erlernete dort erproben.

### **Stadtgemeinde: Bremerhaven**

#### **Beispiel 1: Lehe**

Zum Schuljahresbeginn 2008/2009 wurde die **Integrierte Stadtteilschule Lehe (ISL)** als erste gebundene Ganztags-Gesamtschule gegründet. Die ISL nimmt die Schülerinnen und Schüler der Astrid-Lindgren-Schule, einer jahrgangsübergreifend arbeitenden Ganztagsgrundschule in gebundener Form auf. Durch die organisatorische und inhaltliche Zuordnung beider Schulen bleiben die Kinder in der Regel vom Schulanfang bis zum Ende der Sekundarstufe I in einer Klasse und werden gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern mit Handicaps unterrichtet.

Die ISL befindet sich im Gebäude der ehemaligen Lessingschule im Zentrum des Stadtteils Lehe. Ein Erweiterungsbau mit 12 großen Klassenräumen und einer Mensa wurde im Frühjahr 2009 in Betrieb genommen. Das Gebäude der ehemaligen Lessingschule wird seit Beginn des Schuljahres grundrenoviert und umgebaut und wird zu Beginn des Schuljahres 2011/2012 wieder in die schulische Nutzung genommen. Bis zu diesem Zeitpunkt ist die Schule so weit hoch gewachsen, dass die Räume im Altbau der Schule zwingend erforderlich werden.

Die **Astrid-Lindgren-Schule** (ALS) besteht seit dem Schuljahr 2005/06. Sie bezog das Gebäude der ehemaligen Körnerschule, das zum Schuljahresbeginn 2005/06 umfassend saniert und für die Bedürfnisse einer integrierten Ganztagschule umgebaut wurde. Die Schulen „Deichschule“ und „Theodor-Storm-Schule“ wurden geschlossen und zusammengelegt, daraus entstand die ALS.

Die Schule arbeitet jahrgangsübergreifend. Es gibt durchgängig Klassenfamilien in den Jahrgängen 1/2, 3/4 . Die Klassen 5 und 6 werden als Jahrgangsklassen geführt, die im ästhetischen Bereich und in Projekten jahrgangsübergreifend arbeiten. Die ALS verfügt über ein angemessenes Raumangebot. Jede Klasse hat einen eigenen Raum, in den Klassenfamilien 1/2 und 3/4 besteht der Lernbereich aus 1 ½ Räumen. Zusätzlich können alle Klassenfamilien Flurnischen als Arbeits- und Ruhemöglichkeiten nutzen. Alle Flure sind so gestaltet, dass sie sowohl Bewegungs- als auch Entspannungsmöglichkeiten bieten.

Die Möglichkeit, eine **Kindertagesstätte mit angeschlossener Krippe** an einer Schule einzurichten, hat sich als eine Folge des geänderten bremischen Schulgesetzes ergeben: Da sich die Schule nach der Renovierung in einem hervorragenden baulichen Zustand befindet, über eine Küche und diverse Förderräume verfügt, wurde nach Möglichkeiten gesucht, die frei werdenden Räumlichkeiten im Sinne einer Weiterentwicklung von Grundschule zu nutzen. Es lag nahe, dass die Schule als integrativ und ganzheitlich arbeitendes System die Schnittstelle zwischen Elementar- und Primarbereich produktiv bearbeiten wollte. Beispiel hierfür sind skandinavische Schulen, die als Häuser des Lernens vorschulische und schulische Einrichtungen unter einem Dach vereinen.

Eine Kindertagesstätte mit angeschlossener Krippe eröffnet die Möglichkeit, den Übergang vom Elementar- in den Primarbereich flexibel zu gestalten. Interessierte Vorschulkinder können an einzelnen Unterrichtssequenzen bereits teilnehmen. Andere, die Entwicklungsverzögerungen aufweisen, können in der vorschulischen Einrichtung weiterhin gezielt gefördert

werden. Alle Kinder, die die Kita im Gebäude der Schule besuchen, sollen das Recht erhalten, in die Astrid-Lingren-Schule eingeschult zu werden. Zu prüfen ist, ob ein Ortsgesetz nötig ist, das diese Aufnahmemöglichkeit regelt.

## **Beispiel 2: Geestemünde**

Bereits im kommenden Schuljahr 2010/2011 startet die **Georg-Büchner-Schule II** als erste Schule Bremerhavens in enger Zusammenarbeit mit der gymnasialen **Oberstufe Carl von Ossietzky** mit dem Modell „Oberschule mit gymnasialem Bildungsgang“.

Die neue Oberschule ermöglicht für jede Schülerin und jeden Schüler den individuell erreichbaren Abschluss – von der Berufsbildungsreife (BBR = vormals Hauptschulabschluss) über den mittleren Schulabschluss (MSA = vormals Realschulabschluss) bis hin zum Abitur nach dem 12. oder 13. Jahrgang.

„Oberschule für alle“ an einem Standort bedeutet: Kein Hin- und Herwandern zwischen weit auseinander liegenden Schulgebäuden. Auch ein Wechsel des Bildungsganges bedeutet keinen Schulwechsel mehr, der den Schüler und die gesamte Familie belastet.

Der Unterricht erfolgt in der neuen Oberschule nicht mehr so stark nach Fächern, sondern fächerübergreifend und projekt- bzw. berufsorientiert. Über eine Kooperation mit den Gewerblichen Lehranstalten sollen den Schülerinnen und Schülern Perspektiven in vielen attraktiven Berufsbereichen eröffnet werden.

Schülerinnen und Schüler, die sich für die Oberschule am Standort Georg-Büchner-Schule II/CvO-GyO entscheiden, können den gymnasialen Bildungsgang in neun oder nach acht Jahren (Schnellläufermodell) absolvieren. Seit vielen Jahren arbeitet die Georg-Büchnerschule II mit der Oberstufe Carl-von-Ossietzky sowohl inhaltlich als auch organisatorisch eng zusammen. Nun bieten beide Schulen an, alle Abschlüsse in einem Schulgebäude zu erreichen.

Infolge der sinkenden Schülerzahlen ist in Bremerhaven in der Sekundarstufe I ein Schulstandort aufzugeben. Dieses soll durch die **Zusammenlegung der Humboldtschule und der Immanuel-Kant-Schule** erreicht werden. Das Schulangebot in Geestemünde und Geestemünde-Süd wird durch diese Zusammenlegung aber weiterhin attraktiv bleiben.

### **Beispiel 3: Regionale Beratungs- und Unterstützungsstelle**

Um die für die Förderung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf vorhandenen Ressourcen effizienter einzusetzen, soll eine Regionale Beratungs- und Unterstützungsstelle (**REBUS**) für die Stadt Bremerhaven realisiert werden, die den schulischen Diensten angegliedert wäre.

Unter dem organisatorischen Dach der REBUS sollen:

- der schulpsychologische Dienst,
- die Beratungsstelle für soziale und emotionale Entwicklung,
- die Beratungsstelle für Hörgeschädigte,
- die Mathematische Beratungsstelle,
- die Fachberatung für die Verlässliche Grundschule,
- die Koordinationsstelle für Sprachstandserhebung und Sprachförderung

die Suchtprävention,

die in der Schulsozialarbeit der Grundschulen und der Sekundarstufe I eingesetzten Kräfte einschließlich deren Fachkoordination zusammengebunden werden.

Ein gemeinsames organisatorisches Dach würde zunächst die Voraussetzung dafür schaffen, dass alle Dienste, die sich möglicherweise mit demselben Kind beschäftigen, koordiniert zusammenarbeiten. Dafür bedarf es aber der Schaffung von tragfähigen Arbeits- und Koordinationsstrukturen, die zurzeit nicht bestehen. Im Rahmen des vorhandenen Stellenkontingents soll ein Leitungsteam aus einer Psychologin/eines Psychologen, einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters und einer Sonderpädagogin/eines Sonderpädagogen eingesetzt werden, das

zum Schuljahr 2010/2011 seine Arbeit aufnehmen könnte und bis zum Beginn des Schuljahres 2011/2012 die organisatorischen Voraussetzungen für einen Start der REBUS geschaffen hätte.

#### **Beispiel 4: Werkstattschule Bremerhaven**

Die Werkstattschule Bremerhaven erhielt 2008 den Deutschen Schulpreis, der jedes Jahr die besten deutschen Schulen auszeichnet. Die Akademie des Deutschen Schulpreises unterstützt Schulen dabei, von den Preisträgerschulen zu lernen. Und wir haben von der Werkstattschule gelernt, die sechs Werkschulen in der Stadtgemeinde Bremen, die ab 01.08.2009 mit ESF-Mitteln als Pilotprojekte eingerichtet wurden, haben den Auftrag das Konzept der Werkstattschule für mehr Jugendliche und bereits nach der 8. Klasse weiterzuentwickeln.

Das Besondere an der Werkstattschule Bremerhaven ist, dass die Jugendlichen arbeiten, anstatt die Schulbank zu drücken. In richtigen Werkstätten und auf richtigen Baustellen. Nebenbei schafft über die Hälfte den Hauptschulabschluss, den sich viele von ihnen schon gar nicht mehr zugetraut haben. Die Schüler der Werkstattschule Bremerhaven gehören zu den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft. In einer ohnehin von Arbeitslosigkeit und sozialer Not geprägten Region sind sie die Außenseiter. Entweder weil sie als Teenager nach Deutschland kamen und nie wirklich die Chance erhielten, dem deutschsprachigen Unterricht gut zu folgen. Oder weil fehlende Unterstützung im Elternhaus es ihnen erschwerte, sich selbstbewusst in der Klasse zu behaupten. Gründe zu versagen gibt es viele.

Wer von den Dauerschwänzern und Mehrfachabbrechern die Mitarbeiter/in von der berufspädagogischen Beratungsstelle davon überzeugen kann, dass er es wirklich versuchen will, bekommt einen der 72 Plätze an der Produktionsschule – und die Gelegenheit, noch Wertvolleres zu erreichen als allein das Abschlusszeugnis. Viele erleben hier zum ersten Mal das Gefühl, überhaupt etwas zu können.

## **Übergreifende Aktionen**

### **Aktion 1: Ausbau von Ganztagsangeboten**

In dieser Legislaturperiode sind Schwerpunktmittel von rund 16 Mio Euro bereitgestellt worden, um 16 Ganztagschulen einzurichten.

Damit hat das Land Bremen 52 Ganztagschulen, die Stadtgemeinde Bremen 43 Ganztagschulen sowie Bremerhaven 9 Ganztagschulen. Ganztagsangebote sind richtig, um den Kindern mehr Lernzeit zur Verfügung zu stellen. Zusätzliche Förderung, individualisiertes und selbstständiges Lernen sind zwischen 8.00 und 16.00 Uhr besser unterzubringen als in einer Halbtagschule. Außerdem ist nur so für Eltern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich und für viele Alleinerziehende überhaupt eine volle Berufstätigkeit.

Wir wollen mehr Ganztagschulen, weil es gut für die Kinder, Eltern und auch die Lehrkräfte ist. Nur so können die vielfältigen Anforderungen an Schule heute in einem erträglichen Tagesablauf gestaltet werden. Auch die verdichtete Lernzeit beim Abitur nach 12 Jahren kann so deutlich entspannt werden.

### **Aktion 2: Sprachförderung vor der Einschulung**

Wir haben einen verpflichtenden Sprachtest und die Sprachförderung vor der Einschulung gesetzlich festgeschrieben.

2009 ist zum ersten Mal in der Stadtgemeinde **Bremen** flächendeckend vor der Einschulung getestet worden. In Bremen und Bremerhaven haben zwischen 45 und 50 % der getesteten Kinder Förderbedarf vor der Einschulung in Deutsch. Wir haben 1,8 Mio. Euro für 2010/2011 eingesetzt, damit jedes Kind, das Förderbedarf hat, auch vor der Einschulung in den Genuss der Förderung in Kita oder Grundschule kommt. Nach einem Jahr wird wieder getestet und die Förderung bei weiterem Bedarf in der Grundschule fortgesetzt.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist der Schlüssel zum Schulerfolg. Nur wenn wir hier erfolgreich die Sprachdefizite bekämpfen, werden wir auch die starke soziale Kopplung zwischen Elternhaus und Schulerfolg deutlich vermindern.

Seit 2004 wird das Sprachstandsüberprüfung mittels des CITO-Verfahrens in **Bremerhaven** flächendeckend durchgeführt. Daran schloss sich in den Jahren 2004 bis 2006 eine halbjährliche vorschulische Sprachförderung an. Seit dem Jahr 2007 werden die einzuschulenden Kinder vom August bis zum Juni des nachfolgenden Einschulungsjahres gefördert. Bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung der Sprachstandsüberprüfung wird mit den Kindertagesstätten der Stadt eng zusammen gearbeitet.

Die vorschulische Sprachförderung ist inzwischen auf das erste Jahr der Grundschule ausgeweitet worden. An ihr nehmen die Kinder teil, die am Ende der vorschulischen Sprachförderung noch nicht hinreichend gefördert werden konnten, und solche, die am Ende der Schuleingangsphase von den Grundschullehrkräften ‚nachgemeldet‘ werden. Auch diesen Teil der Sprachförderung übernehmen dafür qualifizierte Erzieherinnen und Erzieher. Kinder sollen im ‚Sprachspaß‘ – so nennt sich das Förderprogramm – spielerisch ihre Sprachkompetenz erweitern. Der Schriftspracherwerb, der Gegenstand des Unterrichts in der Jahrgangsstufe 1 der Grundschule ist, wird nicht tangiert.

### **Aktion 3: Kleinere Klassen – überschaubare Schulen**

Wir haben bei der Schulstandortplanung die Klassengrößen deutlich verkleinert. Die Obergrenze für die Grundschule von 27 auf 24, die Obergrenze für das Gymnasium von 33 auf 30 gesetzt und die neuen Oberschulen werden künftig höchstens 25 Kinder in der Klasse.

Die sinkenden Schülerzahlen sollen in den nächsten Jahren bei gleichbleibender Berechnung der Lehrerstellen zu mehr Qualität im Schulsystem führen. Kleinere Klassen, überschaubare Schulgrößen und

kurze Wege für kurze Beine im Grundschulbereich sind für uns wichtige Qualitätsmerkmale. So wird die tatsächliche Klassengröße im Durchschnitt aller Oberschulen bei 21,6 Schülern liegen. Denn wir machen das Koalitionsversprechen wahr und verkleinern in den Stadtteilen die Klassengröße, wo die soziale Zusammensetzung schwierig und der Förderbedarf besonders hoch ist.

#### **Aktion 4: Vereinfachung und Straffung des Schulsystems**

Wir haben einen Konsens zur Vereinfachung unseres Schulsystems zwischen den Parteien hinbekommen. Dieser soll sichern, die Leistungsfähigkeit des Schulsystems so zu verbessern, dass wir national und international den Anschluss finden sowie die soziale Kopplung zwischen Elternhaus und Schulerfolg weiter reduzieren. Dafür war es erforderlich, dass die Schulentwicklung stabil und verlässlich gestaltet werden kann.

Damit haben die Schulen und alle Lehrkräfte die große Sicherheit, dass die Schulreform mit zwei gleichwertigen Schularten, die beide zum Abitur führen, von einer breiten Mehrheit getragen wird.

Damit ist Motivation entstanden, sich auf die Schulentwicklungsprozesse einzulassen und neue Wege zu gehen, ohne die Sorge haben zu müssen, dass die nächste Reform die jetzige überrollt. Wir werden bundesweit um diesen Konsens beneidet!

#### **Aktion 5: Inklusion – gemeinsame Beschulung aller Kinder**

Das Land Bremen ist bei der gemeinsamen Erziehung dank unserer Politik schon weit fortgeschritten gegenüber anderen Bundesländern. Wir liegen schon jetzt mit einer Integrationsquote von 40 % mit Schleswig-Holstein und Berlin an der Spitze bei der Integration von Kindern mit Behinderungen.

Mit unserem Schulgesetz sind wir jetzt ein wesentliches Stück weiter gegangen. Wir wollen in den nächsten 10 Jahren die Förderzentren völlig auflösen und alle Kinder sollen das Recht haben, in die allgemeinbildende Schule zu gehen.

In der Übergangsphase gilt ein Elternwahlrecht zwischen einem separaten Schulbesuch im Förderzentrum und dem Besuch einer inklusiven allgemeinbildenden Schule. Damit sind wir das erste Bundesland, das ernst macht mit der inklusiven Erziehung nach der UN-Konvention und der Ratifizierung dieses Abkommens durch Bundestag und Bundesrat.

### **Aktion 6: Werkschule – eine neue Chance**

Die Zahl derjenigen, die die allgemeinbildende Schule ohne Abschluss verlassen, ist immer noch viel zu hoch. Für diese Schüler haben wir in einer Pilotphase mit ESF-Mitteln (0,6 Mio Euro) an 6 Standorten Werkschulbildungsgänge eingerichtet. Mindestens 2 sollen noch dazu kommen, wenn diese Werkschulen erfolgreich sind. Insgesamt sind Mittel in Höhe von 2,3 Mio Euro für 2010/2011 hierfür vorgesehen.

Schüler müssen sich in der Klasse 8 bewerben, an die Werkschule zu gehen. Sie werden dann von Klasse 9 bis 11 von Lehrkräften, Lehrmeistern und Sozialpädagogen gemeinsam durch ihre Schulzeit begleitet und möglichst in die Ausbildung, mindestens in den Arbeitsmarkt, eingefädelt. Gute Schüler können auch nach der Berufsbildungsreife weitere Abschlüsse erwerben. Wichtig ist, dass sie durch den Produktionsschulansatz wieder Spaß am Lernen gewinnen und motiviert an ihrer beruflichen Zukunft arbeiten.

### **Aktion 7: Wir gestalten viele Wege zum Abitur**

Die Oberschule, das Gymnasium, das Berufliche Gymnasium sowie die doppelqualifizierenden Bildungsgänge der berufsbildenden Schulen bieten den Lernenden in Bremen unterschiedliche Wege zum Abitur.

Die Oberschule ermöglicht grundsätzlich in einem neunjährigen Bildungsgang den Erwerb der Allgemeinen Hochschulreife, sie kann auch in einem achtjährigen Bildungsgang zum Abitur führen.

Im Gymnasium ist grundsätzlich innerhalb von acht Jahren der Erwerb des Abiturs möglich. Die Gymnasiale Oberstufe umfasst immer drei Schuljahre.

Dies gilt auch für den dritten Weg zum Abitur, der über das Berufliche Gymnasium führt und anders als die allgemeinbildenden Oberstufen auf die Neigungen und fachlichen Stärken der Lernenden im Rahmen von beruflichen Fachrichtungen (Wirtschaft; Gestaltung; Technik; Ernährung; Gesundheit und Soziales) abhebt.

Eine besondere vierte Möglichkeit, das Abitur zu erreichen, ist der Doppelqualifizierende Bildungsgang für Assistentenberufe an berufsbildenden Schulen: Innerhalb einer Verweildauer von vier Jahren in dieser Oberstufe können in festgelegten Fachprofilen sowie im Klassenverband sowohl eine Berufsqualifikation (Wirtschaftsassistent oder Technischer Assistent) als auch das Abitur erlangt werden.

Schließlich steht der einjährige Bildungsgang der Berufsoberschule Absolventen der Fachoberschule oder Personen mit mindestens 5-jähriger Berufserfahrung offen. In diesem Bildungsangebot können die Fachgebundene Hochschulreife und die Allgemeine Hochschulreife erlangt werden.

Um die Oberstufe in den unterschiedlichen Schularten besuchen zu können, gelten jeweils unterschiedliche Voraussetzungen: im Gymnasium die Versetzung in die Einführungsphase, bei einem Übergang aus einer Oberschule oder einer Berufsfachschule in eine allgemein bildende oder berufliche Oberstufe ein entsprechender Notendurchschnitt.

### **Aktion 8: Die Bremer Vereinbarung sichert Ausbildungsplätze**

Alle wichtigen Akteure auf dem Ausbildungsmarkt sind an einem Tisch zusammengekommen, um einen regionalen Ausbildungspakt zu schließen. Die Allianz, die sich aus beiden Sozialpartnern, den Kammern, den Agenturen und den Arbeitsgemeinschaften zusammensetzt, hat sich selbst zu konkreten Zielzahlen verpflichtet und diese bisher immer erreicht bzw. sogar übertroffen.

Selbst trotz der wirtschaftlichen Einbrüche aufgrund der anhaltenden Krise stellen die Unternehmen und das Land über 7.500 Ausbildungsplätze zur

Verfügung. Jedem Jugendlichen, der an der Nachvermittlungsaktion der Agenturen und Kammern teilnahm, konnte mindestens ein Ausbildungsplatz angeboten werden.

### **Aktion 9: Lernen vor Ort**

Mit dem Projekt „Lernen vor Ort“ wollen wir ein Gesamtsystem für Bildung und lebenslanges Lernen entwerfen und gleichzeitig die unterschiedlichen Bedarfslagen der Menschen berücksichtigen. Geplant sind die Entwicklung eines übergeordneten Bildungsleitbildes, die Integration stadtteilbezogener Handlungsansätze in eine gesamtstädtische Entwicklungsstrategie, die Einführung verbesserter Instrumente zur Steuerung und Qualitätssicherung sowie die Entwicklung von Modellprojekten. Wir wollen den systematischen Abbau von Zugangsbarrieren und eine integrative Ausgestaltung der Bildungslandschaft erreichen.

### **3. Chancengleichheit für alle – in der Ausbildung und im Beruf**

*Wir wollen mehr Chancengleichheit - auch durch Gebührenfreiheit für den gesamten Bildungsweg von der Kita bis zur Hochschule. Wir wollen ein modernes Bafög mit Rechtsanspruch, das der Lebensrealität der Studierenden gerecht wird. Wir wollen ausreichend Ausbildungsplätze in der Wirtschaft. Wir wollen Chancengleichheit für alle Gruppen unserer Gesellschaft.*

#### **Maßnahme 1: Bremisches Arbeitsmarktprogramm**

Mit dem Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) setzen wir wesentliche Akzente in der bremischen Arbeitsmarktpolitik. Durch eine enge Kooperation mit der Arbeitsagentur und der BAgIS bzw. der Arge Bremerhaven, die den weit überwiegenden Teil der arbeitsmarktpolitischen Förderung verantworten, wird eine abgestimmte Politik ermöglicht, wobei mit den Geldern des Landes Bremen und des europäischen Sozialfonds die Durchsetzung spezifischer Landesinteressen gewährleistet wird. Kernbestandteile sind die Förderung der Qualifikationen von Beschäftigten und Arbeitslosen, die Gewährleistung umfassender arbeitsmarktpolitischer Beratung sowie die direkte Beschäftigungsförderung.

Arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen werden dabei verbunden mit strukturpolitischen Erfordernissen zur Entwicklung wesentlicher Branchen im Lande. Die Stärkung des Wirtschaftsstandortes erfordert ein hinreichende Angebot an Fachkräften. Gerade in den letzten Jahren war in wichtigen Bereichen ein Fachkräftemangel zu verzeichnen, der die Ausnutzung bestehender Wachstumspotentiale erschwert hat. Deswegen zielt die Landesarbeitsmarktpolitik in Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsressort darauf ab, wichtige Branchen zu identifizieren und durch gezielte Qualifizierungsmaßnahmen den Fachkräftebedarf zu decken. Beispielfhaft zu nennen

- ist die Windkraft, die sich u.a. durch die Kombination verschiedener Fördermaßnahmen zu einer wesentlichen expandierenden Branche im Lande entwickelt hat.
- ist die im Zusammenwirken mit Eurogate durchgeführte Qualifizierungsperspektive in der Hafenlogistik, von der auch viele Langzeitarbeitslose profitieren konnten.

Bei allen Fördermaßnahmen legen wir besonderen Wert auf die Förderung von Jugendlichen, Frauen und MigrantInnen. Die Förderung dieser Bevölkerungsgruppen, deren Arbeitsmarktchancen schlechter sind als im Durchschnitt, wird als Querschnittsaufgaben aller Programme realisiert.

Hervorzuheben sind:

- In Ergänzung zu der besonderen Berücksichtigung von Frauen in sämtlichen Fördermaßnahmen des Landes haben wir ein **Chancengleichheitsprogramm für Frauen**, welches besondere Fördermaßnahmen etwa im Bereich der Beschäftigung von Frauen in gewerblich-technisch und naturwissenschaftlichen Berufe vorsieht.
- Die Aktivitäten zur **Sicherstellung von ausreichenden Ausbildungskapazitäten** im Rahmen der Bremer Vereinbarungen werden in vielfältiger Weise unterstützt durch arbeitsmarktpolitische Förderungen. Die Maßnahmen reichen von Beratungsangeboten für Jugendliche über Maßnahmen zur Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen bis hin zur modellhaften Förderung der neu eingerichteten Werkschulen. Dabei wird ein besonderes Augenmerk auf die sogenannten Altbewerber gelegt.

In der neuen Förderperiode wurde ein wesentlicher Schwerpunkt auf öffentlich geförderter Beschäftigung gelegt. Dabei sollte gezielt der Anteil sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung erhöht werden und 1-Euro-Jobs zurückgedrängt werden. Gebündelt wurden diese Aktivitäten im Programm Bremen produktiv und integrativ, welches die **Förderung von Langzeitarbeitslosen** mit sinnvollen Beschäftigungen in Stadtteilen verbindet. Diese arbeitsmarktpolitische Förderung wurde auf die WiN-Gebiete konzentriert, um hierüber zugleich eine Stärkung der Strukturen in diesen sozial benachteiligten Verhältnissen zu erreichen. Im Rahmen dieses Programms wurden rund 1000 Stellen geschaffen. Das Tätigkeitsfeld reicht von der Essensversorgung von Kindern über Conciergen, die soziale Wohnumfeldgestaltung bis hin zu Recyclinghöfen. Beschäftigungsschaffende Projekte dienen damit direkt auch der Entwicklung benachteiligter Stadteile.

Das Ziel, der Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit entgegenzuwirken, wird durch die Ausgestaltung des Programms realisiert. Zu diesem Zweck werden längerfristige Beschäftigungsmaßnahmen mit einer Laufzeit bis zu fünf Jahren angeboten. Dies trägt der Tatsache Rechnung, dass viele Langzeitarbeitslose nur mit umfangreicheren Förderungen wieder in die Lage versetzt werden können, am regulären Arbeitsmarkt zu bestehen. Die bisherigen Integrationsquoten des Programms stützen diese Auffassung. Rund 15% dieses Klientels, welchem sonst keine Chancen auf Arbeitsmarktintegration zugeschrieben werden, konnten in ungeforderte Beschäftigung vermittelt werden.

## **Maßnahme 2: Frühkindliche Bildung**

Dazu ist die Stärkung der frühkindlichen Bildung im Elementarbereich zu nennen. Hervorzuheben ist hier der neu geschaffene Rechtsanspruch auf Sprachförderung ein Jahr vor der Einschulung im Falle defizitärer Sprachentwicklung. Dies ist unterlegt mit ausreichenden Ressourcen, weil sich die Zahl der Sprachförderungen in etwa verdoppelt.

Zudem werden vielfältige **Präventionsprogramme** im Bereich der frühkindlichen Entwicklung angeboten, von den Familienhebammen über das Besuchsprogramm TIPP-TAPP für Neugeborene und die verbindliche

Einladung zu Früherkennungsuntersuchungen bis hin zu einer ausdifferenzierten Elternarbeit in den Kitas aber auch Häusern der Familie.

#### **4. Bremen und Bremerhaven – Städte des sozialen Zusammenhalts**

*Wir wollen mit unserer Politik die wachsende Armut, vor allem bei Kindern, und die zunehmende Spaltung der Gesellschaft verhindern. Wir wollen bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen. Wir wollen bezahlbare Mobilität für alle Bevölkerungsgruppen. Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung in Bremen und Bremerhaven. Wir kümmern uns um Brennpunkte der Kriminalität in den Stadtteilen und wollen insbesondere die kriminellen Karrieren von Jugendlichen stoppen. Beispielhaft werden konkreten Projekte in den Stadtteilen benannt.*

##### **Maßnahme 1: WiN - Programm**

Wir haben in den letzten Jahren vielfältige Programme initiiert und Projekte auf den Weg gebracht, die auf eine Stärkung des sozialen Zusammenhaltes abzielen. Herausragend ist hierbei das WiN-Programm, dessen Gebietskulisse in 2008/09 ausgeweitet werden konnte. Das WiN-Programm ist von Bedeutung, weil es städtebauliche Maßnahmen und Projektförderung mit Anstrengungen zur Mobilisierung der örtlichen Bevölkerung verbindet. WiN trägt maßgeblich zur sozialen Stabilisierung der Ortsteile bei, weil es zudem häufig gelingt, Institutionen im Stadtteil - etwa Schulen - aktiv einzubeziehen. Die Aktivitäten zur Stärkung des sozialen Zusammenhaltes werden in den Stadtteilen gebündelt und zusammengeführt.

##### **Stadtgemeinde Bremen**

##### **Beispiel: Stadtteil: Osterholz-Tenever**

In Osterholz sind Blockdiek, dem Schweizer Viertel und Tenever drei Gebiete in das WiN-Programm einbezogen. Das Quartiersmanagement organisiert

hier eine Vernetzung unterschiedlicher Stadtteilaktivitäten und ermöglicht durch Vergabe von Fördermitteln unter Beteiligung der Wohnbevölkerung zusätzliche Impulse. Gleichzeitig befinden sich in dem Gebiet viele Kitas, die eine besondere Ressourcenausstattung im Rahmen der Förderung der Kinder ermöglicht die zu einem hohen Anteil aus sozial benachteiligten Verhältnissen stammen. Die Schule Andernacher Str. wird mit besonderen Mitteln im Rahmen der Integrierten Heilpädagogischen Tageserziehung (IHTE) unterstützt um im Regelbetrieb zusätzliche Förderungen für förderbedürftige Kinder und eine begleitende Elternarbeit organisieren zu können. Das Gebiet Tenever ist einbezogen in das Besuchs- und Beratungsprogramm für Neugeborenen (Tipp-Tapp). Neue Akzente werden mit dem geplanten Quartiersbildungszentrum Düsseldorfer Str. ermöglicht. Zur arbeitsmarktpolitischen Flankierung liegt ein besonderer räumlicher Schwerpunkt der öffentlich geförderten Beschäftigung in Osterholz. Durch die in einem Arbeitskreis zusammengeschlossenen Träger werden so in Kooperation mit der BAglS zum einen Beschäftigungsmöglichkeiten im Stadtteil geschaffen aber auch Hilfsangebote im Stadtteil organisiert,

### **Beispiel: Blockdieck und Schweizer Viertel**

In Osterholz sind Blockdieck und das Schweizer Viertel neu in das WiN-Programm aufgenommen worden bzw. sind im dem Programm verblieben, obwohl einige der ursprünglichen Förderkriterien nicht mehr erfüllt waren. In Blockdieck hatte sich gezeigt, dass die ursprünglich geplante Herausnahme aus dem Programm und die Umstellung der Maßnahmen auf ehrenamtliches Engagement nicht erfolgreich verlaufen konnte, sondern dass nach wie vor ein hauptamtliches Quartiersmanagement von herausgehobener Bedeutung ist, um eine Vernetzung unterschiedlicher Stadtteilaktivitäten zu ermöglichen. Gleichzeitig gelang es durch Vergabe von Fördermitteln die in der Vergangenheit entwickelten Schlüsselprojekte für den Ortsteil für 2010 fortzuführen.

Im Zuge des Umstellungsprozesses konnten für die zuvor zum Teil über WiN finanzierten Projekte Familientreff, Quartiersservice, Nachbarschaftstreff, Café Blocksberg/Bewohnertreff anderweitige Finanzierungen gesichert werden. Wie beim Café Blocksberg werden dazu auch Mittel aus dem

arbeitsmarktpolitischen Programm „Bremen produktiv und integrativ“ genutzt. Der Quartierservice ist über die Leitstelle „Saubere Stadt“ gesichert. Mit der verbleibenden WiN-Förderung wurden weitere Schlüsselprojekte wie etwa das Mütterzentrum, welches wesentliche stabilisierende Funktionen für den Ortsteil erfüllt für 2010 finanziell abgesichert.

Die Einrichtung des neuen Quartiersbildungszentrum Düsseldorf Str. bietet neue Chancen für den Ortsteil. Es kommt in den nächsten Monaten darauf die bisherigen Initiativen im Ortteil mit den neuen Angeboten zu einem Gesamtkonzept zu verbinden und damit eine dauerhafte soziale Infrastruktur zu schaffen, die die Problemlagen des Ortsteiles aufgreift und zur sozialen Stabilisierung beiträgt.

Im vergangenen Jahr ist mit dem Schweizer Viertel im Stadtteil Osterholz ein drittes Gebiet neu in das WiN-Programm aufgenommen worden. Damit erhält auch dieses Gebiet nicht nur Mittel aus dem WiN-Programm sondern auch aus den Programmen Los und Soziale Stadt. In den seit Mitte letzten Jahres stattfindenden Quartiersforumssitzungen sind bisher acht WiN-Projekte verabschiedet worden, die insbesondere Angebote der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche („Lücke“ – Kinder) sowie Bildungsangebote unterstützen und zur Stärkung der Nachbarschaft beitragen. Im Rahmen von Soziale Stadt wurden bisher zwei Projekte genehmigt, die Ausstattung eines Spielcontainers im Außengelände einer Schule bzw. Kita sowie die Einrichtung eines Straßenparcours auf einem Schulgelände. Als wesentlich hat sich zudem das Wirken des neu eingesetzten Quartiermanagers erwiesen, weil hauptamtliche Unterstützung maßgeblich ist für die Vernetzung bestehender Initiativen und die Initiierung neuer Bewohneraktivitäten.

### **Zukunftsaufgabe: Bündelung im Stadtteil**

Für die Zukunft wird ein wichtiger qualitativer Schritt darin bestehen, die vielfältigen Maßnahmen in den Stadtteilen zu vernetzen, koordinieren und so deren Wirksamkeit zu erhöhen. Dabei steht auch die Frage der Steuerungsprozesse im Zentrum, wobei den Ortsämtern und Beiräten wichtige neue Aufgaben zukommen werden, für die diese sich ausgehend von den neuen Rechten im Rahmen des Beirätegesetzes weiterentwickeln müssen. Ein wesentliches Instrument können in diesem Zusammenhang die neu verankerten Planungskonferenzen spielen. Wichtig wird es dabei sein,

die vielfältigen Maßnahmen in Deckung mit den Problemlagen, Schwächen aber vor allem auch Potentialen eines Stadtteiles zu bringen.

### **Beispiel Gröpelingen**

Gröpelingen ist der größte Stadtteil im Bremer Westen und eng verbunden mit der Entwicklung der Industrie und der Häfen auf der rechten Weserseite. Im Stadtteil liegen mehrere Stadterneuerungs- und WIN-Gebiete, die einen besonderen Entwicklungsbedarf aufweisen. Bezogen auf die Gesamtstadt ist Gröpelingen einerseits ein Stadtteil in dem besonders viele Menschen mit Hilfebezug leben, die Arbeitslosigkeit ist überdurchschnittlich hoch und das Pro-Kopf-Einkommen niedriger als im Durchschnitt. Andererseits ist die gute kulturelle und soziale Vernetzung im Stadtteil und eine gute wohnortnahe Versorgung mit Grünflächen durch die Nähe des Blocklands hervorzuheben.

Mit 35.060 Einwohnern ist Gröpelingen der bevölkerungsreichste Stadtteil des Bremer Westens. (Stand 31.12.2008). Gröpelingen ist ein junger und internationaler Stadtteil: Mit 18,62% Kindern unter 18 Jahren (6.542) leben deutlich mehr Kinder in Gröpelingen als im stadtweiten Durchschnitt (15,2%). Das mittlere Alter beträgt 41,2 Jahre und liegt damit deutlich unter dem der Gesamtstadt (43,7 Jahre) (Stand 31.12.2008).

Der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund liegt mit 40,65% deutlich über dem Durchschnitt Bremens (29,9%).

Im Benachteiligungsindex der Freien Hansestadt Bremen liegen alle 5 Gröpelinger Ortsteile im letzten Drittel, wobei in den letzten Jahren eine Verschärfung der sozialen Lage zu verzeichnen ist. Die Zahl der SGB-II Empfänger ist in Gröpelingen mit 24,1% gegenüber dem Bremer Durchschnitt von 13,6% verhältnismäßig hoch.

In allen Ortsteilen Gröpelingens ist lediglich ein eingeschränkter Zugang an der sozialen Teilhabe erkennbar, die Zahl der von Transfereinkommen abhängigen Haushalte ist im Vergleich zur Gesamtstadt sehr hoch. Im Kern

der Problematik stehen der unzureichende Zugang zum Arbeitsmarkt und die geringe Bildungsbeteiligung der Bevölkerung.

Es gibt eine große Zahl von Stärken und Schwächen, von Potenzial und Risiken in diesem Stadtteil. Dieses bildet den Hintergrund für die staatlichen Interventionen. Dabei wird es darauf ankommen, Kriseninterventionen zu verknüpfen mit der Weiterentwicklung der Regelsysteme. Beispielhaft zu nennen sind hier:

Die Fallzahlen und die Interventionsdichte im Bereich Kinderschutz sind in den letzten drei Jahren drastisch angestiegen. Die dort zu ergreifenden Maßnahmen müssen ergänzt werden durch eine Regelinfrastruktur, um präventiv das Entstehen einer Kindeswohlgefährdung wo immer möglich zu vermeiden. Um dies zu erreichen wird in Gröpelingen flächendeckend das Besuchprogramm für Neugeborene durchgeführt. Im ersten Lebensjahr werden alle Kinder in Gröpelingen von Hebammen oder Krankenschwestern dreimal besucht. Ziel ist es Beratungs- und Unterstützungsangebote in die Familien zu bringen. Die Kinderbetreuung wird ausgebaut. In den nächsten beiden Jahren werden 68 neue Plätze für die Betreuung von Kindern unter drei Jahren eingerichtet. Die Versorgung für Kinder im Kindergartenalter wird ausgebaut. Mit dem Neubau einer Kita in der Wischhusenstr. Werden bis zu 60 neue Plätze entstehen. 677 Gröpelinger Kinder in Kitas und Horten profitieren von dem kostenlosen Mittagessen. Die Einrichtungen von Kita Bremen beschränken sich nicht nur auf Kinderbetreuung sondern werden zu Familienzentren ausgebaut. Die Grundschulen auf den Heuen ist Standort einer besonderen Verbindung von Schule und Erziehungshilfe, um umfassend die Entwicklung der Grundschul Kinder zu befördern.

Die Vernetzung der verschiedenen Aktivitäten im Stadtteil wird maßgeblich begünstigt durch die Beteiligung am WiN Programm. Durch das Zusammenwirken stadtentwicklungspolitischer Maßnahmen und der Förderung sozialer Projekte konnten in den letzten Jahren vielfältige Verbesserungen erreicht werden. Neue Impulse werden die geplante Einrichtung eines Quartiersbildungszentrums an der Schule Fischerhuder

Str. sowie der Ausbau des Angebotes des Gemeinschaftshauses Stuhmer Sr. (Wilder Westen) bringen.

Die Gelder des WiN-Programms werden in mehreren 100 Einzelprojekten verausgabt (siehe beiliegende Liste, 2010):

Gebiet	Förderumfang 2009/2010	Mittel 2009	Mittel 2010
Kattenturm	100%/100%	149.800	150.000
Lüssum	100%/100%	149.800	150.000
Tenever	100%/100%	149.800	150.000
Huchting	100%/100%	149.800	150.000
Gröpelingen	100%/100%	149.800	150.000
Neue Vahr	100%/100%	149.800	150.000
Hemelingen	50% / 50%	74.900	75.000
Grohn	50% / 50%	74.900	75.000
Oslebshausen	50% / 50%	74.900	75.000
Huckelriede	25% / 75%	37.400	75.000
Schweizer Viert.	25% / 75%	37.400	75.000
Blockdiek	ergänzend	50.000	50.000
Marßel	ergänzend	37.000	37.000
Woltmerhausen	ergänzend	37.000	37.500
Osterfeuerberg	ergänzend	37.000	37.500
Verfüg.mittelQM		11.000	13.000
Noch nicht aufgeteilte Mittel			120.000
Gebiete insgesamt		1.370.300	1.570.000
Zentralmittel (u.a.Monitoring,ext. Unterstützung,2010 zusätzl. Evaluation)		130.000	180.000
Gesamtsumme		1.500.000	1.750.000

## **Stadtgemeinde Bremerhaven**

Ein sehr gelungenes Beispiel für eine konkrete Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger im jeweiligen Stadtteil ist das WiN-Programm in Bremerhaven. Hier wurden im Jahre 2009 ca. 480.000 € Haushaltsmittel für WiN – Projekte in den Ortsteilen von den jeweiligen gewählten Vergabeausschüssen der WiN-Bezirke bewilligt. Dies geschah in den vier Bremerhavener WiN-Bezirken

**WiN-Bezirk 1 Weddewarden, Speckenbüttel, Leherheide, Eckernfeld, Schierholz**

**WiN-Bezirk 2 Buschkämpen, Klushof, Twischkamp, Goethestraße, Mitte**

**WiN-Bezirk 3 Geestemünde-Nord, Geestendorf, Bürgerpark, Schiffdorferdamm**

**WiN-Bezirk 4 Geestemünde-Süd, Grünhöfe, Surheide, Dreibergen, Wulsdorf-Jedutenberg**

In mehreren Vergaberunden wurden im Jahr 2009 wurden insgesamt 179 kleinteilige Projekte für Maßnahmen in den Ortsteilen in den vier WiN-Bezirken ausgewählt und umgesetzt. Ein detaillierte Liste wird auf Wunsch ausgereicht.

### **Maßnahme 2: Häuser der Familie und Quartiersbildungszentren**

Neben WiN sind Häuser der Familie besonders zu erwähnen. Häuser der Familie sind Orte der Begegnung, die zugleich vielfältige Beratungsangebote und Hilfestellungen anbieten. Auch sie sind ein wesentliches Mittel zur Einbindung von Bewohnern. Wir haben inzwischen solche Häuser in fast allen sozial benachteiligten Stadtteilen. Zwei Häuser der Familie (Haus der Zukunft in Lüssum und Mobile in Hemelingen) haben bundesweite Auszeichnungen erhalten.

In den letzten Jahren wird das Ganze durch Quartiersbildungszentren ergänzt, die insbesondere Schulen in die soziale Verantwortung für den Stadtteil einbinden. Neue Quartiersbildungszentren entstehen in Huchting (Robinsbalje) Blockdiek (Düsseldorfer Str.) und Gröpelingen. Es handelt sich

jeweils um eine institutionalisierte Zusammenarbeit von Schule (z. T. auch Kitas) und sozialen und Gesundheitsdiensten.

### **Maßnahme 3: Ausbau der Kinderbetreuung**

Zentrales politisches Anliegen ist der Ausbau der Kinderbetreuung im Lande Bremen. Das betrifft sowohl den qualitativen Ausbau U-3, hier werden auch 2010 weitere Schritte erfolgen, sowie den U-3 Ausbau mit rund 650 neue Plätzen in 2010/2011. Hier erfolgte eine Schwerpunktsetzung gemäß Indikatoren, die soziale Benachteiligung anzeigen.

So entstehen in 2010 und 2011 z.B. in den Stadtteilen in Einrichtungen (inklusive Spielkreise) in Huchting 31 Plätze, in Gröpelingen 66 Plätze, in der Vahr 34 Plätze, in Blumenthal 32 Plätze, in Obervieland 42 Plätze, in Hemelingen 58 Plätze und in Osterholz 74 Plätze.

Die größte Herausforderung besteht innerbremisch in einer Verzahnung verschiedener Ressortpolitiken. Hier sind wir schon gut, aber wir wollen noch besser werden. Beispiele sind Modellprojekt Erziehungshilfe sowie die Verzahnung stadtteilbezogener Investitionen.

### **Maßnahme 4: Kostenfreies Kita-Mittagessen**

Im Kindergartenjahr 2008/2009 erhielten in den Kindertageseinrichtungen der freien Träger und KiTa Bremen insgesamt 6064 Kinder ein Mittagessen, für das die Eltern keinen Beitrag zu entrichten hatten. Davon besuchten 4643 Kinder den Kindergarten und 1421 den Hort.

Dieses betraf alle Kinder, deren Eltern aufgrund des Familieneinkommens und der Anzahl der im Haushalt lebenden Personen (Einkommensgemeinschaft) in den niedrigsten Beitragssatz eingestuft wurden. Die verbleibende Kostenbeteiligung in Höhe von 6,- bis 14,- € monatlich (je nach Betreuungsdauer) bezieht sich ausschließlich auf den Betreuungsanteil.

Die Verteilung nach Stadtteilen und Kindergarten-/Hortbereich ist in der folgenden Tabelle dargestellt:

Stadtteil	Kindergarten	Hort	gesamt
Mitte	36	14	50
Neustadt	324	60	384
Obervieland	329	44	373
Huchting	418	82	500
Woltmershausen	137	101	238
Östliche Vorstadt	130	60	190
Schwachhausen	74	6	80
Vahr	340	103	443
Horn-Lehe	97	44	141
Borgfeld*	5	6	11
Oberneuland*	3		3
Osterholz	531	106	637
Hemelingen	300	137	437
Findorff	103	48	151
Walle	317	65	382
Gröpelingen	547	130	677
Burglesum	254	89	343
Vegesack	323	179	502
Blumenthal	375	147	522
	4643	1421	6064

### **Maßnahme 5: Kommunale Kliniken**

Es ist in den letzten zweieinhalb Jahren gelungen, die wirtschaftliche Basis der gefährdeten kommunalen Kliniken innerhalb der Gesundheit Nord zu stabilisieren und deren Lebensfähigkeit in kommunaler Trägerschaft zu sichern. Anders als unsere politischen Gegner stehen wir zu den kommunalen Kliniken an allen vier Standorten.

In den kommenden 2 Jahren werden wir die Leistungsfähigkeit der kommunalen Kliniken durch eine verbesserte Zusammenarbeit der Kliniken untereinander und durch neue Zentrumsbildungen für spezialisierte Behandlungen stärken.

### **Maßnahme 6: Bundesinitiativen**

Schließlich sind unsere Bundesinitiativen zu nennen, vor allem in Hinblick auf die Regelsätze. Gelungen ist uns die Durchsetzung der Schulpakete sowie des dritten Regelsatzes für Kinder. Im Gefolge des zu erwartenden Urteils des Verfassungsgerichtes wird es zu einer Neuberechnung und aller Voraussicht auch Erhöhung der Kinderregelsätze kommen. Inwieweit im Gefolge davon auch der Erwachsenenregelsatz angehoben werden kann, bleibt abzuwarten.

### **Maßnahme 7: Sicher und friedlich Zusammenleben**

Wir Sozialdemokraten engagieren uns für die Innere Sicherheit in unseren beiden Städten als Grundlage für ein sicheres und friedliches Zusammenleben.

Dabei haben wir erhebliche Anstrengungen unternommen, um genug Personal bei der Polizei bereitzustellen. Wir haben die Ausbildungszahlen deutlich erhöht, zuletzt noch einmal auf 115 im Jahr, um die Personallücke, die noch aus der Amtszeit des CDU-Innensenators Röwekamp stammt, perspektivisch zu schließen.

Dabei setzen wir gezielt Schwerpunkte bei Themen, die uns besonders wichtig sind:

#### **Beispiel: Stopp der Jugendgewalt**

Für den Bereich der Jugendkriminalität haben wir ein ressortübergreifendes Handlungskonzept aufgelegt, das Kriminalitätsbekämpfung mit Prävention, Jugendhilfemaßnahmen und Initiativen der Bildungsbehörde verbindet.

Außerdem gewährleisten wir, dass Jugendstrafverfahren zügig durchgeführt werden. Die praktische Umsetzung werden wir kritisch aus und werden das Konzept so stetig weiterentwickeln.

### **Beispiel: Wirtschaftskriminalität**

Gerechtigkeitsempfinden wird es in einer Gesellschaft nur geben, wenn die so genannte „Weiße-Kragen“-Kriminalität, die Wirtschaftskriminalität, genauso engagiert bekämpft wird wie die Straßenkriminalität. Darum setzen wir hier einen weiteren Schwerpunkt, um die Straftaten, durch die der Volkswirtschaft, den öffentlichen Haushalte und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern massiver Schaden entsteht, konsequent verfolgt werden.

### **Beispiel: Sicherheit vor Ort**

Die Kriminalitätsstatistik brechen wir kontinuierlich auf die Stadtteile herunter. Es ist dabei unschwer zu erkennen, dass sich erhöhte Kriminalitätsbelastung aus sozialen Indikatoren ableiten lässt.

Deshalb halten wir den regionalen Bezug in der Arbeit der Polizei für besonders wichtig. Den Kontaktpolizisten in den Stadtteilen kommt dabei eine besondere Bedeutung zu. Darum haben wir in Abstimmung mit den Beiräten die Revieröffnungszeiten bedarfsgerecht angepasst, um dadurch angesichts der schwierigen Haushaltslage Ressourcen u.a. für die Arbeit der Kontaktpolizisten in der Region freizusetzen. Auch die Verfügbarkeit von Polizeikräften für Schwerpunktmaßnahmen in den Regionen wollen wir dadurch gewährleisten um vor Ort schnell und konsequent zu reagieren, wenn Brennpunkte entstehen.

Lokale Präventionsarbeit – wie zum Beispiel der erfolgreich arbeitende Präventionsrat in Bremen-Nord – schafft mehr Sicherheit und ein erhöhtes Sicherheitsgefühl. Darum unterstützt das Innenressort und die Polizei die lokale Präventionsarbeit dort wo sie bereits besteht und wir wollen mithelfen sie an anderer Stelle zu entwickeln.

Diese und andere Schwerpunkte unserer Politik wollen wir im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern weiterentwickeln. Aus diesem Grund werden wir zum Beispiel die Veränderung bei den Öffnungszeiten der Polizeireviere beobachten und schauen, welche Auswirkungen es dadurch gibt und ob man im Einzelfall bedarfsgerecht nachbessern muss.

Und unser Innensenator wird gezielt die Diskussion in den Stadtteilen suchen. In verschiedenen regionalen Dialogveranstaltungen im Stadtteil wird der Senator gemeinsam mit den Initiativen, Vereinen und den Bürgerinnen und Bürger unsere Politik diskutieren und weiterentwickeln.

## **5. Zukunftsfeste Arbeitnehmerrechte und solidarisch finanzierte Sozialversicherungssysteme**

*Wie sichern wir die Mitbestimmung, den Kündigungsschutz, die Rechte der Arbeitnehmer als Tarifpartner? Solidarische Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherungen sind unverzichtbar – was tun wir gemeinsam mit den Gewerkschaften dafür?*

Wir wollen mit den Gewerkschaften auf allen Ebenen in einen stärkeren Dialog kommen, u.a. zu Themen wie „Gute Arbeit – Faire Löhne“, Gesundheitspolitik, Sicherung der Arbeitnehmerrechte sein. Kritik und Widerspruch müssen erlaubt, ja gar gewünscht sein.

Dazu werden wir konkrete Veranstaltungen, Projekte und Aktionen gemeinsam planen, vorbereiten und durchführen. So wollen wir in 2010 mindestens eine große gemeinsame Veranstaltung mit dem DGB und möglichst vielen Einzelgewerkschaften organisieren. Fest verabredet ist eine **1. Bremer Sozialkonferenz** zum Thema Armutsbekämpfung, die z. B. in Verantwortung von AWO, DGB und SPD durchgeführt werden könnte.

Der gemeinsame Kampf für faire Löhne und anständige Arbeitsbedingungen sowie die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren und sind das Fundament für eine gute Partnerschaft von SPD und Gewerkschaften. Deshalb bietet sich an, im laufenden Jahr 2010 ebenfalls gemeinsame Projekte zu folgenden Themen durchzuführen:

**Projekt 1: Faire Löhne**

**Projekt 2: Sicherung der Arbeitnehmerrechte**

**Projekt 3: Kranken- und Rentenversicherung**

**Projekt 4: Handlungsfähiger Staat**

Diese Projekte wollen wir gemeinsam mit den Gewerkschaften vorbereiten und umsetzen. Gerade die Kooperation im konkreten Projekt fördert das Zusammenwirken jüngerer Sekretäre und Betriebsräte, wie auch junger Abgeordnete, Parteimitglieder und Jusos. Ergänzend könnten gegenseitige Praktika in der Fraktion oder im Gewerkschaftshaus und den Einzelgewerkschaften vertiefende Einblicke in die Arbeit der Partnerorganisation geben.

**6. Öffentliche Verarmung durch falsche schwarz-gelbe Chaospolitik**

*Welche Folgen haben die von Schwarz-Gelb ausgelösten neuerlichen jährlichen Steuerausfälle von mindestens 8,5 Mrd. € bei Bund, Ländern und Kommunen? Was bedeutet das für Bremen und Bremerhaven vor Ort?*

Voraussetzung der **Konsolidierung der bremischen Haushalte** ist eine stabile Entwicklung auf der Einnahmeseite. Nicht gegenfinanzierte Steuer-senkungen, wie im schwarz-gelben Koalitionsvertrag festgelegt, sind nicht verkraftbar.

Die begrenzten Haushaltsmittel des Landes Bremen haben wir im Rahmen der gesetzlichen Grenzen noch konsequenter auf die gesellschaftlichen Problembereiche konzentriert. Insbesondere für die Gestaltung und

Steuerung im Investitionsbereich gilt, dass ein deutlich geringeres Mittelvolumen als in früheren Jahren zur Verfügung steht. Deshalb musste eine Konzentration auf die Substanzerhaltung einerseits und die wichtigen Zukunftsbereiche des Landes andererseits erfolgen. Wir haben mit unserem Koalitionspartner den Konsolidierungskurs des Bremer Haushalts in den vergangenen Jahren konsequent fortgeführt. Durch die Verhandlungen der Föderalismuskommission, die im Februar 2009 abgeschlossen wurden, erhält Bremen bis 2019 insgesamt 2,7 Milliarden Euro. Das ist eine große finanzielle Entlastung. Neben den Einnahmeausfällen für Bremen durch die aktuelle Wirtschaftskrise wird die Situation des Landes nun allerdings noch einmal massiv durch die Steuersenkungspläne der schwarz-gelben Bundesregierung verschärft. Die Partei wird in dieser schwierigen Haushaltsslage gerade die Aufstellung der Haushalte 2011 für das Land und die beiden Stadtgemeinden verantwortungsvoll begleiten.

Das „**Wachstumsbeschleunigungsgesetz**“ wird für Bremen Minder-einnahmen von rd. 39 Mio. € pro Jahr zur Folge haben. Für den Zeitraum nach 2011 sieht der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag weitere Steuersenkungen (insbes. eine Einkommenssteuerreform) im Umfang von 15 bis 16 Mrd. € vor, was in Bremen - je nach Konkretisierung dieses Vorhabens - zusätzliche Mindereinnahmen in einer Größenordnung von ca. 90 Mio. € pro Jahr verursachen wird.

Damit nicht genug: Als Prüfauftrag enthält der Koalitionsvertrag die auf der Wunschliste der FDP stehende Umwandlung der **Gewerbsteuer** in eine sog. Kommunalsteuer, obwohl dieser Ansatz bereits 2003 in der Kommission für die Reform der Gemeindefinanzen verworfen wurde, da er den Kommunen keinen gesicherten Ersatz für die Gewerbesteuer bietet. Eine Umsetzung dieses Vorhabens würde insbesondere in großen Städten zu einer Entlastung der Wirtschaft und zusätzlichen Belastungen breiter Bevölkerungsschichten führen, außerdem bevorteilt dieses Modell die strukturstarken gegenüber den strukturell schwächeren Kommunen - beide Aspekte sind inakzeptabel.

Als drittes schwarz-gelbes Großprojekt ist in diesem Zusammenhang die geplante **Umstellung der Krankenkassenbeiträge auf Kopfpauschalen** zu nennen. Der in diesem System zwingend notwendige Sozialausgleich für Geringverdiener ist nur über den Einsatz zusätzlicher Steuergelder (oder, was aber politisch unwahrscheinlich ist, höhere Beiträge für die mittleren Einkommensschichten) darstellbar.

Da die zusätzlichen Steuergelder - Studien gehen von einem jährlichen Bedarf von ca. 35 Mrd. € aus - nicht über höhere Steuern gegenfinanziert werden sollen, müssten diese Mittel also in anderen Politikfeldern eingespart werden. Hier sind zusätzliche Belastungen für Länder und Kommunen zwangsläufig, deren konkrete Größenordnung für Bremen und Bremerhaven derzeit aber noch nicht abgeschätzt werden kann.

Zur Veranschaulichung der Größenordnung dieser Einnahmeausfälle und zusätzlichen Belastungen ist es sinnvoll, die jährlichen Ausgaben Bremens und Bremerhavens für ausgewählte öffentliche Dienstleistungen und öffentliche Einrichtungen gegenüberzustellen:

Kinder-Tagesbetreuung Bremen	100,0 Mio. €
Universität Bremen	131,0 Mio. €
Hochschule Bremerhaven	14,0 Mio. €
Stadtbibliothek Bremen	8,5 Mio. €
Stadttheater Bremerhaven	11,5 Mio. €
Polizei/öffentliche Sicherheit HB + Brhv.	170,0 Mio. €

Wir müssen deshalb mit aller Schärfe gegen den unverantwortlichen finanzpolitischen Kurs der Schwarz-Gelben kämpfen, und zwar auf allen politischen Ebenen, die uns im Zweistädtestaat zur Verfügung stehen:

### **Aktionsfeld 1: Senat / Bundesrat**

Bremen wird im Bundesrat die steuerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung ablehnen oder, wenn einzelne Maßnahmen aus inhaltlichen Gründen zu unterstützen sind (wie bspw. die BAFöG-

Erhöhung), sozial ausgewogene Gegenfinanzierungen einfordern. Der Senat wird im Bundesrat eine Initiative ergreifen - flankierend zur Arbeit der Bundestagsfraktion - für eine sozial gerechte Steuerpolitik und für eine Politik der Stabilisierung der Haushalte der Länder und Kommunen.

### **Aktionsfeld 2: Senat und Magistrat**

Wir werden im Kampf um eine aufgabenadäquate Finanzausstattung verstärkt auch auf kommunaler Ebene - also in erster Linie über den Deutschen Städtetag und die SGK - Bündnispartner suchen, die mit uns gemeinsam streiten. Mit dem Städtetag könnte eine gemeinsame Veranstaltung oder ein gemeinsames Forum „Kommunale Dienste brauchen gesicherte kommunale Finanzen“ (Arbeitstitel) organisiert werden, alternativ könnte die SGK gewonnen werden, eine solche Veranstaltung in Bremen/Bremerhaven durchzuführen. Auch eine gemeinsame Presseerklärung von Senat und Magistrat zu diesem Thema wäre denkbar, wenn es passende Anlässe und eine politische Verständigung mit der CDU im Magistrat gibt.

### **Aktionsfeld 3: SPD-Bundestagsfraktion**

Unsere Abgeordneten werden in der Bundestagsfraktion eine mit dem Senat abgestimmte Initiative ergreifen für eine sozial gerechte Steuerpolitik und für eine Politik der Stabilisierung der öffentlichen Haushalte. Die Abgeordneten werden mit eigenen Veranstaltungen in ihren Wahlkreisen (Fraktion vor Ort) das Thema „gerechte Steuern“ aufgreifen.

### **Aktionsfeld 4: SPD-Bürgerschaftsfraktion**

Die Bürgerschaftsfraktion wird weiterhin finanzpolitische Anträge oder Anfragen (Große A., Kleine A., Fragestunde, Aktuelle Stunde) mit bundespolitischer Stoßrichtung (wie bspw. aktuell der Antrag „Steuergerechtigkeit statt Steuergeschenke“) auf den Weg bringen und über die damit verbundene Bürgerschaftsdebatten Öffentlichkeit herstellen. Auch die Öffentlichkeitsarbeit der Fraktion wird das Thema Steuergerechtigkeit regelmäßig aufgreifen. Die Fraktion wird in der Stadtbürgerschaft die politische Auseinandersetzung mit CDU/FDP über das Thema „Zukunft der

Gewerbsteuer / Irrweg Kommunalsteuer“ suchen über die o.g. parlamentarischen Instrumente.

#### **Aktionsfeld 5: SPD-Stadtverordnetenfraktion**

Auch die SPD Stadtverordnetenfraktion in Bremerhaven wird in der Stadtverordnetenversammlung die politische Auseinandersetzung mit CDU/FDP über das Thema „Zukunft der Gewerbsteuer / Irrweg Kommunalsteuer“ suchen. Auch sie wird sich zum Thema handlungsfähige Kommune öffentlichkeitswirksam einbringen.

#### **Aktionsfeld 6: SPD-Beiratsfraktionen und örtliche Abgeordnete**

Auf Stadtteil- bzw. Beiratsebene kann die Auseinandersetzung über die Auswirkungen der schwarz-gelben Finanzpolitik immer dann plastisch und anschaulich geführt werden, wenn öffentliche Einrichtungen unter Sparzwang geraten oder gar geschlossen werden müssen. Dies sollte in Beiratssitzungen so oft wie möglich angesprochen oder in eigenen Veranstaltungen und über die Pressearbeit thematisiert werden. Wichtig ist hierbei natürlich, die Rolle von Senat und Bürgerschaft als „Opfer“ der Berliner Politik herauszuarbeiten, da die unmittelbaren Konsequenzen der Kürzungen in Folge von Steuersenkungen ja nicht in Berlin beschlossen werden, sondern diese unangenehmen Entscheidungen an die Ebenen Land/Kommune weitergereicht werden.

#### **Aktionsfeld 7: SPD-Landesorganisation und SPD-Unterbezirke**

Öffentliche Veranstaltungen und Parteitage sind geeignete Foren, das Thema „Öffentliche Verarmung durch schwarz-gelbe Finanzpolitik“ aufzugreifen. Die Partei will darüber hinaus einen Beitrag leisten, den außerparlamentarischen Protest zu organisieren. Insbesondere die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes, die Schüler- und Studentenschaft, Kulturschaffende und Repräsentanten sozialer Einrichtungen, die allesamt unter der Ausplünderung der öffentlichen Finanzen besonders leiden, sind quasi „natürliche Ansprechpartner“, die für gemeinsame Protestaktionen unbedingt zu gewinnen sind. Die LO wird den Ortsvereinen geeignetes Informationsmaterial (für Infostände und

Hausverteilungen, aber auch fürs Internet bzw. Mailings) zur Verfügung stellen, so weit dies nicht über die Bundespartei zu beziehen ist.

### **Aktionsfeld 8: SPD-Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften**

Gerade die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften als wichtige Träger der Parteiarbeit vor Ort sind aufgerufen mit geeigneten Veranstaltungsformen wie Diskussionsforen, Einwohnerversammlungen usw. das Thema „Öffentliche Verarmung durch schwarz-gelbe Finanzpolitik“ aufzugreifen. und dabei die Bürgerschaft ihres Stadtteil umfassend über die eintretende finanzielle Dramatik zu informieren. Infostände, Unterschriftenaktionen und die Hausverteilung von Informationsmaterialien zu den Folgen schwarz-gelber Steuerpolitik sind gute Instrumente, eine Gegenöffentlichkeit zu CDU und FDP und ihren medialen Helfern, die die Steuersenkungen ja i.d.R. bejubeln, aufzubauen. Auch könnten die Mitglieder in Mailing-Aktionen eingebunden werden und so auch als Multiplikatoren in Richtung „Nichtmitglieder, Freunde, Bekannte“ wirken.

Bremen / Bremerhaven, 15. Januar 2010